

DISKUS

FRANKFURTER STUDENTENZEITUNG

NACHRICHTENBLATT DER
VEREINIGUNG VON
FREUNDEN U. FÖRDERERN
DER JOHANN WOLFGANG
GOETHE - UNIVERSITÄT
FRANFFURT AM MAIN E. V.

5. Jahrgang — Heft 2 Preis 10 Pfg.

Februar 1955

Verlagsort Frankfurt a. M.

Die nächste Alternative

Die zweite Lesung der Pariser Verträge vor dem Bundesparlament in Bonn ist für Ende dieses Monats angesetzt. Damit sind wir dem Problem, eine Uniform anziehen zu müssen, noch einen Schritt näher gerückt. Andere meinen, diese Debatte in Bonn würde uns einen Schritt weiter davon wegführen. Grund für ihre Annahme scheint ihnen die in ihrer Einheit zerrissene Bonner Koalitionspolitik zu geben. Noten aus Moskau bieten wieder einmal eine Wiedervereinigung an, die den von westlicher Seite hierfür gestellten Bedingungen schon wesentlich näher kommen. Bluff oder echte Bereitschaft? Der Bundeskanzler sieht darin nur einen diplomatischen Schachzug des Ostens, der auf die Verzögerung der Unterzeichnung der Pariser Verträge abzielt. Ausländische Leitartikel und Rundfunkkommentare aus der westlichen Welt sehen die mögliche Wiedervereinigung Deutschlands als eine schwere Gefährdung für eine freidliche Koexistenz zwischen Ost und West an. Ein bekannter Frankfurter Leitartikel kommentiert dies, gestützt auf Erfahrungen der Vergangenheit, als den Ausdruck einer weitverbreiteten Meinung, die einzugestehen offizielle Kreise nur nicht den Mut finden. Selbst befragt, wird man das Gefühl nicht los, daß sich in der Frage der deutschen Wiedervereinigung etwas anspricht, was dem systematischen Totreden der — beinahe schon vergessenen — Europaidee gleichkommt.

Zieht man das Fazit aus diesen Erwägungen, dann bleibt uns nichts als ein Gefühl grenzenloser Unsicherheit. Denn was sollen wir tun, wenn zu einem denkbar nahen Zeitpunkt die Aufforderung zum Wehrdienst vor uns liegt?

Wenn auch der Bundeskanzler eine Auflehnung der Jugendlichen gegen den Wehrdienst nicht allzu ernst zu nehmen scheint, und Bundesinnenminister Schröder die Meinung vertritt, daß es für den jungen Staatsbürger recht und billig sei, sich an der militärischen Verteidigung seines Vaterlandes zu beteiligen und zu diesem Ziel bestimmte Jahrgänge militärisch ausgebildet werden müßten, so gibt es doch eine ganze Reihe Deutscher, für die das ob noch nicht ausdiskutiert ist. Es ist kein bloßer Zufall, daß es sich bei ihnen um jene jungen Männer handelt, die man 1945 im Schatten der Ruinen unter Aufbietung aller pädagogischen Mittel dazu angehalten hat, bei der Gestaltung ihrer Zukunft immer kritisch zu verfahren, nie mehr schematisch zu denken und echte Entscheidungen zu treffen. Die Lehrer von damals jedoch sind identisch mit den Männern, die sich heute über die schwache Wehrbegeisterung ihrer einstens lernwilligen Schüler wundern. Erschreckt durch ihre pädagogischen Erfolge halten es viele von ihnen für opportun, von „der schwindenden moralischen Substanz“ einer Jugend zu sprechen, die nur egoistische Ziele verfolgt und einer „Schule der Nation“ wenig Vertrauen entgegenbringt. Man verrennt sich sogar soweit, jene jungen Männer der Einfach-

heit halber nach altem Schema einer politischen Richtung zuzuordnen, die notgedrungen irgendwo links liegen muß.

Wo man das ob heute noch diskutiert — und es wäre zu pessimistisch gesehen, wenn man diese Diskussion auf eine Parteirichtung beschränkt glaubt — geht es nicht nur um ethische, sondern auch um politische Probleme. Das Recht aber, unsere persönlichen Entscheidungen unter dem Gesichtspunkt zu treffen, daß es letztlich wir sein werden, die in wenigen Jahren diesen Staat mit tragen sollen, nehmen wir für uns in Anspruch. — Wer fühlt sich denn heute als „echter Staatsbürger“, wer handelt als solcher? Welches Vaterland wird denn heute verteidigt? Das zerrissene Vaterland? Die weitverbreitete Ansicht „ubi bene, ibi patria“ und das sich daraus ergebende Denken und Handeln, darf man weder übersehen, noch vergessen, diese Haltung zu bedauern. Aber hier tun klare und überzeugende Definitionen not, Definitionen, die zu geben sich jeder bisher peinlichst gehütet hat. Verteidigung von Heim und Hof? Wo? Am Rhein oder in Frankreich? Auch darüber gibt es keine Aussagen, sondern es existieren nur Evakuierungspläne für die Angehörigen der Alliierten. Andererseits erklärte der Bundeskanzler im Zusammenhang mit seiner Rundfunckerklärung zur sowjet-russischen Note am 22. 1.: „In der gegnerischen Presse sagt man gern, wir betrieben eine Politik der Stärke. Das ist einfach lächerlich. Der Besitz von zwölf deutschen Divisionen macht wirklich in der heutigen Zeit Deutschland nicht stark.“ Wozu dann aber noch ein nicht nur mit finanziellen Mitteln so teuer erkaufter Zinnsoldat, der doch nicht standhaft ist?

In eine neue Armee kann man in Deutschland auch noch keine selbstbewußten, demokratischen Staatsbürger einziehen, denn — bei allem Optimismus — kann man unserer jungen Generation wohl kaum mehr als recht ungelenke Gehversuche innerhalb einer demokratischen Staatsform zuerkennen. Das als Grundlage für eine neue Armee von der Regierung immer wieder integrierte demokratische Selbstbewußtsein muß aber erst wachsen; dazu braucht es Zeit.

Das Urteil offizieller Kreise zu dem Übertritt einiger namhafter Künstler an die neuerbaute Staatsoper in Ostberlin läßt sich unter dem Ausspruch des westberliner Kultursenators Tiburtius summieren: „Es gibt keine künstlerische Entscheidung zwischen Ost und West, die nicht zugleich eine politische ist!“ Unmißverständlich gesagt heißt das, Margarete Klose und andere hätten sich politisch für den Osten entschieden.

Es erscheint glücklicherweise zunächst einmal zweifelhaft, daß sich Künstler von solcher Qualität überhaupt für etwas anderes als eine gute Bühne entscheiden. Wenn man diese Angelegenheit schon unter politischem Aspekt sehen zu müssen glaubt, sollte man etwas mehr an diplomatischer Klugheit mobilisieren.

Künstler sind von jeher dem Wesen ihrer Profession nach besonders immun gewesen gegen den Virus des politischen Starrkrampfes, der heute allenthalben wütet. Und gerade das ist die erfreuliche Gewähr dafür, daß sie sich auch der östlichen Politik wenig anfällig zeigen werden und dieser zudem einige Zugeständnisse an eine unverfälschte Kunst abfordern werden, da man in Ostberlin sicher die guten Kräfte sobald nicht wieder verlieren will.

Wird diese begründete Hoffnung als irrige Spekulation abgetan, so bleibt doch die Tatsache, daß beispielsweise Frau Klose jeden Abend vor 1500 Menschen singen wird. Vermutlich keine Stalinhymnen, sondern Arien von Mozart und ähnliches. Jeden Abend werden 1500 Menschen, denen wir angeblich ihre geistige und seelische Not lindern wollen, von ihrem Können und ihrer Stimme begeistert werden und für ihren Alltag Kraft schöpfen.

Und wer glaubt, die Besucher der Staatsoper rekrutieren sich nur aus der oberen Funktionärskaste; kann sich in einem mitteldeutschen oder Ostberliner Theater eines besseren be-

Achtung! Studenten wählt Eure Vertreter!

Die Mitglieder des Studentenparlamentes vertreten die Interessen aller Studenten. Versäumen Sie deshalb nicht, Ihre Stimme, Ihrem Vertrauenskandidaten zu geben. Nur so erwerben Sie sich die Möglichkeit, daß sich das Studentenparlament für die Belange aller Kommilitonen einsetzen kann.

Nur wer wählt, hat das Recht zur Kritik!

Wahltag sind der 9., 10. und 11. Februar 1955.

Wählen auch Sie!

Der Wahlausschuß

Diese junge Generation, ohne Staatsgefühl, wird nun Hauptbestandteil einer Armee. Wer wird sie kommandieren? Nur Männer mit staatspolitischen Idealen? Daß eine Armee junge Menschen zu selbstbewußten, innerlich freien Staatsbürgern erzieht, ist zweifelhaft.

Noch sind die Verträge nicht unterzeichnet, noch braucht der einzelne nicht sein Ja oder Nein zu dokumentieren. Wenn diese Entscheidung aber eines Tages doch von uns und damit in uns selbst verlangt wird, wenn alle anderen politischen Möglichkeiten erschöpft sind, dann wäre ein Ja zum Wehrdienst der politisch wirksamere Weg. Hineingehen und Auswüchsen alter und neuer Form einen erbitterten Widerstand entgegenzusetzen wäre der Dienst den wir unserem Volk erweisen könnten und sollten. Zweifelsohne wäre das ein wirksamerer Weg, als — verurteilt wegen Wehrdienstverweigerung aus politischen Gründen — jahrelang hinter Gefängnismauern zu verschwinden und sich damit jedweder Möglichkeit zum Handeln zu berauben.

Was der bessere und vor allem der ehrlichere Weg ist, muß jeder für sich entscheiden. Klaus Ellrodt

Am Bühneneingang

lehren lassen. Einer der wenigen Vorzüge des östlichen Regimes ist es, daß auch die wenig Begüterten am Kulturleben teilhaben können. Aber selbst wenn es nur die neue Crème wäre, die sich die Zauberflöte anhören kann; so verhärtet ist der Ärgste nicht, daß er nicht Freude an der ungegangelten Kultur empfindet.

Den Übertritt der Künstler verurteilen heißt also, den Menschen in Ostberlin und der DDR einen der wenigen Genüsse, die ihnen zugestanden sind, um eines billigen Prestiges willen verweigern. In einfacher Logik schließt sich hier der Veracht an, daß alle unsere Beteuerungen, unseren Landsleuten nach besten Kräften helfen zu wollen, nichts weiter als Lippenbekenntnisse sein können, denn solche Vorkommnisse lassen die Motive unecht erscheinen.

Ein anderes Indiz verhärtet diesen Verdacht. Seit Jahr und Tag wird unverhohlen und offiziell Ost-Westhandel getrieben. Sicher nicht, um dem Arbeiter in Mitteldeutschland mehr Butter aufs Brot zu schmieren, sondern aus ganz alltäglichen wirtschaftlichen Erwägungen heraus. Die Offiziellen stören sich hierbei nicht im mindesten an der staatsrechtlichen Illegitimität des Partners, vielmehr wird jede Steigerung des Handelsvolumens mit Freude begrüßt. Wie will man, wenn das Solidaritätsgeschrei nicht mißtönen soll, einen „Kunsthandel“ verurteilen, aus dem der einzelne DDR-Bürger tatsächlich und unmittelbar einen Gewinn hat?

Geschickter und vor allem glaubwürdiger wäre es gewesen, hätte man den nun im Osten auftretenden Künstlern den Rücken gestärkt und ihr Tun im vorstehenden Sinne gutgeheißen, damit sie sich als Gäste aus dem Westen hätten geben können. Statt dessen erinnert man sich mit Genugtuung eines Gesetzes, das ihnen ein späteres Wiederauftreten in Westberlin verbietet.

Werner Schaffernicht

Die Studentenparlamente bzw. Asta der Universitäten Tübingen, Göttingen und Hamburg haben beschlossen, selbständig Verbindung mit Mitteldeutschen Universitäten aufzunehmen und haben diesen Beschluß zum Teil bereits in die Tat umgesetzt. Auch in Marburg sind derartige Bestrebungen im Gange.

Wir begrüßen das, weil wir der Ansicht sind, daß die Aufnahme solcher direkten Beziehungen die starren politischen Fronten erweichen hilft und im Hinblick und die erstrebte Wiedervereinigung in keinem Falle schaden kann.

Da uns bekannt ist, daß von der Frankfurter Universität besonders viele Fäden nach Halle laufen, schlagen wir in Übereinstimmung mit der persönlichen Meinung des I. Astavorstehenden und des Referenten für Gesamtdeutsche Fragen eine Patenschaft zwischen der Johann Wolfgang Goethe-Universität und der Martin Luther-Universität in Halle vor.

Wir hoffen, in der nächsten Nummer mehr darüber berichten zu können, bitten aber schon jetzt um Meldung, wer bereit ist, Besucher aus Halle aufzunehmen.

Die Redaktion

Man sagt in Bonn

Alle guten Vorsätze nützen nichts. Bonn kommt nicht zur Innenpolitik. Wie soll es das auch, denn die wichtigste Frage der deutschen Innenpolitik, die Wiedervereinigung, ist für Bonn Außenpolitik. Von diesem Dilemma her ist auch der Streit um die Wiedervereinigung zu verstehen: Für die einen ist die Bundesrepublik die Basis, von der aus die Wiedervereinigung — möglichst durch einfache Erweiterung der Bundesrepublik — erreicht werden kann und muß. Sie haben diese Basis gebaut und hängen an ihr. Für die anderen ist dieses Staatsgebilde, an dem sie kaum inneren Anteil haben, mit allen seinen (internationalen) Verflechtungen nur ein Instrument im Kampf um die Wiedervereinigung. Bei diesem Kampf kann das Instrument geopfert werden, wenn es nur hilft, das Ziel zu erreichen.

Diejenigen, die das Ideal der Wiedervereinigung darin sehen, die Bundesrepublik einfach auf die Sowjetzone zu erweitern, haben natürlich ganz reale Vorstellungen davon, wie die Wiedervereinigung durchzuführen ist: Wahlsystem, Regierungsbildung, Wirtschaftspolitik usw., alles etwa so wie in Bonn! Die Gegenseite aber wirft ihnen vor: Das mag realistisch sein, nur ist es völlig unrealistisch zu hoffen, daß sich das je erreichen läßt. Moskau kann das ja nie mitmachen! — Dafür muß sich die Gegenseite sagen lassen, daß auch ihr Weg auf einer Hoffnung beruhe, und daß sie darüberhinaus noch nicht einmal ein reales Durchführungsprogramm habe.

Es ist klar: Das, was sich hier abspielt, ist ein Glaubenskrieg. Und man hat den Eindruck, daß beide Seiten mit Maximalprogrammen operieren, die Glaubensbekenntnisse aber keine Arbeitsgrundlage sind, bei denen jede Annäherung der verschiedenen Standpunkte ausgeschlossen ist. Daß es nicht mehr möglich ist — wie noch im ersten Bundestag — ein gemeinsames Minimalprogramm auszuarbeiten,

Hamsun und die Deutschen

Aus einem Brief von Professor Böhm an die Illustrierte „Quick“

... Sie schreiben von Hamsun als von einem toten Dichter, der nur deshalb verurteilt werde, weil er im Alter zwischen den Deutschen, denen seine ganze Liebe galt, und der Staatsform des Nationalsozialismus nicht unterscheiden konnte.

Ich nehme an, daß Sie ganz genau wissen, wie unwahrhaftig diese Darstellung ist. Als der Deutsche Reichstag in der Weimarer Zeit Hamsun ehrte und Stresemann die Ehrung übermittelte, da reagierte Hamsun in einer höchst verletzenden und brüskten Form. Damals hätte man denken können, daß den Deutschen seine ganze Abneigung und Verachtung galt. In Wahrheit „galt“ den Deutschen weder die Liebe noch der Haß des Dichters, sondern Hamsun war ein Verächter der Demokratie und ein Verehrer des Nationalsozialismus; denn bald darauf brüskierte er den von Hitler überwältigten und terrorisierten Teil der Deutschen abermals und durchaus bewußt, indem er zu Hitler und seinen Paladinen fuhr und sie samt ihrem Dritten Reich vor aller Welt provozierend mit seinem redlich erworbenen literarischen Ruhm vergoldete.

Hamsun ging mit seiner Demokratieverachtung so weit, daß er Genugtuung empfand, als sein eigenes (demokratisches) Vaterland von deutschen Truppen und den in ihrem Gefolge nachschwärmenden Rollkommandos der SS überfallen, besetzt und terrorisiert wurde.

Wenn Sie behaupten, daß seine Landsleute ihm diesen „Irrtum“ längst verziehen hätten, so sprechen Sie wiederum bewußt die Unwahrheit: So etwas verzeiht sich nicht so leicht.

Die Vorstellung, daß bedeutende Dichter, Musiker, Maler in Fragen der Welt und der Politik sozusagen Kinder und Trottel seien, denen man nichts nachtragen dürfe, gehört so richtig zu dem Inventar eines geistigen Kitsch-Habitus, wie er vornehmlich von einer Reihe illustrierter Zeitungen, darunter auch von der „Quick“ kultiviert und aufs Volk losgelassen wird. Über den Nationalsozialismus konnte man sich ein paar Jahre irren; verängstigte Spießbürger konnten sich meinethalben bis 1945 über ihn irren. Aber ein Mann wie Hamsun mußte sehen, daß der Nationalsozialismus nicht etwa bloß eine „politische“, sondern daß er eine geistige und moralische Katastrophe, eine blutrünstige und rachsüchtige Niedrigkeit auf der ganzen Linie war. Wenn wir Hamsun seine Verantwortung zurechnen, ehren wir ihn im Grunde mehr, als wenn wir ihm als einem einseitig begabten hinterwäldlerischen enfant terrible Narrenfreiheit zubilligen.

Niemand verlangt von Ihnen, daß Sie das Thema überhaupt aufrühren; noch weniger, daß Illustrierte Zeitungen den toten Dichter schmähen oder tadeln. Wenn Sie es aber schon für richtig halten, den Besuch von Hamsuns Witwe in Lübeck zur Sprache zu bringen, dann müßte das in angemessener Weise geschehen. Es ist sehr typisch für Ihre Haltung, daß Sie über eine sehr wesentliche Seite des Sachverhalts einfach hinweghuschen, nämlich über die Frage: Wer hat eigentlich Frau Hamsun veranlaßt, nach Lübeck zu kommen? Waren es Gegner des Nationalsozialismus, die eine Geste der Versöhnung zu machen wünschten? Es wären diese zweifellos die einzige Gruppe von Deutschen, die eine solche Geste überzeugend machen könnten. Oder waren es Gegner des Weimarer und des heutigen Staates, denen es um eine jener verschmitzten und verlogenen Augenzwinker-Demonstrationen zu tun war, deren eigentlicher Sinn lautet:

„Heil Hitler noch und noch! Der alte Misanthrop aus den nordischen Wäldern hat damals ganz recht gehabt und wird eines Tages wieder Recht bekommen! Zum Führer kann man sich bei uns heute immer noch nicht wieder laut bekennen, aber zu Knut Hamsun können wir uns bekennen (wollen mal den Demokraten sehen, der die Traute hat, uns das zu verwehren!). Bekennen wir uns also zu Knut Hamsun, der so attestiert gute Romane geschrieben haben soll, und von dessen Größe wir uns nichts abhandeln lassen — wir nicht! Unsere Verehrung, gnädige Frau, und ein fesches Heil Hitler für den verewigten Herrn Gemahl! Die Antinazis können machen, was sie wollen; sie machen „so oder so“ eine schlechte Figur. Schlucken sie die Demonstration von wegen der gekonnten Tarnung und begnügen sie sich damit, die Fäuste im Sack zu ballen, so erweisen sie

ist das große Verhängnis unserer Politik. Und die Befürchtung ist berechtigt, daß dieses Unvermögen auf mangelnden guten Willen beider Parteien zurückzuführen ist. Es wäre furchtbar, wenn hier Politik mit einem Seitenblick auf den Wähler gemacht würde; es geht nicht darum, an Hand dieser Frage Wähler zu gewinnen, sondern es geht darum, diese Frage zu lösen.

Von diesem Standpunkt her ist die Haltung derer, die eine Volksabstimmung über die Pariser Verträge propagieren, nicht verständlich. Es steht fest, daß die CDU noch fast drei Jahre lang die Außenpolitik beherrschen wird. Der Standpunkt der CDU ist klar. Das einzige, was durch die Volksabstimmung (die verfassungsrechtlich höchst anfechtbar ist) erreicht werden könnte, ist doch, die Basis der CDU, und damit die Basis der deutschen Außenpolitik zu schwächen. Das hat nichts mit der Frage zu tun, ob die CDU recht hat. Sie ist nun einmal in der besseren Position. — Und daß sich etwa eine gewaltige Mehrheit gegen die Pariser Verträge aussprechen und so die CDU unter Druck setzen würde, das können selbst die eifrigsten Verfechter der Volksabstimmung nicht erwarten. Die Landtagswahlen sind doch auch unter dem Aspekt der Pariser Verträge geführt worden. Sie haben die Position der CDU nicht nennenswert erschüttert.

Ganz abgesehen davon, daß Druck meist zum Gegenteil des Erwünschten führt — wenn es sich bei der Frage, auf welchem Wege die Wiedervereinigung erreicht werden soll, um eine Glaubensfrage handelt, dann kann man nicht mit

FRANKFURTER BÜCHERSTUBE
SCHUMANN U. COBET

Frankfurt am Main · Börsenstr. 2-4 · Fernsprecher 91494

politischen Argumenten überzeugen. Zu einem Glauben wird man nicht von Rednern „überzeugt“. Das könnte nur ein Prophet. Und die Männer der Paulskirche, die wohl vorbereitete Reden vom Blatt abgelesen haben, sind keine Propheten. Sie glauben es vielleicht, aber sie sind es nicht.

Kurz: Wiedervereinigungspolitik gegen Bonn kann keinen Erfolg haben. Die Aufgabe heißt zu ermitteln, was als Instrument geopfert werden kann, und was als Basis erhalten werden muß. Das kann nur gemeinsam, nur in Bonn und möglichst hinter verschlossenen Türen geschehen. Sollte es denn wirklich nicht möglich sein, daß sich einige kluge Leute von beiden Seiten zusammensetzen und gemeinsam feststellen, was denn nun an den neuesten sowjetischen Angeboten eigentlich dran ist? Es müßte doch mit dem Teufel zugehen, wenn man dann nicht wenigstens in einzelnen Punkten eine gemeinsame Überzeugung finden könnte.

Was aber geschieht stattdessen? Die neue Note ist nur in Auszügen, in einer nichtoffiziellen Übersetzung bekannt — und schon tun beide Seiten ihre Stellungnahmen kund und legen sich fest, bevor eine sorgfältige Prüfung der Note überhaupt begonnen haben kann.

Aber natürlich, wenn es darum geht, recht zu behalten, dann genügt ein kurzer Blick auf den Auszug der Note. Schon ist ein Argument gefunden, das in die Richtung paßt. Die Arbeit ist getan!

Uns ist es aber gleichgültig, ob die SPD oder die CDU recht behält. Michael Kohlhaas ist kein Vorbild für Politiker. Es interessiert uns auch nicht, wer die überzeugenderen Reden hält. Wir wollen die Wiedervereinigung. Und wir glauben, daß sie nicht zu erreichen ist, wenn jeder dem anderen vorrechnet, was für ein Hornochse er ist.

Bruno

Pseudosoziologische Fliegenfänger

Auch gescheiterte Versuche sind oft symptomatisch. Vor allem dann, wenn sie von den Funktionären der Versuchsobjekte unternommen wurden.

Besonders weitblickende Leute beim VDS haben wieder mal etwas ausgeheckt. Sie nennen es „Fragebogen zur Wehrgesetzbefragung“ (warum ist das Papier so geduldig!). Im Untertitel bittet das erlauchte Gremium, ihn sorgfältig durchzulesen. Das haben wir denn auch besorgt.

Was so ein rechter Fragebogen ist, der hat auch eine Präambel. Sie will uns weismachen, daß die ganze Veranstaltung in unserem „eigenen Interesse“ geschieht. Das ist zu selbstverständlich (der VDS ist ja unser Interessenvertretung), um uns nicht argwöhnisch zu machen.

Die Fragen sehen auf den ersten Blick so aus, als hätte sie der kleine Moritz seinem Pappi gestellt. Aber wengleich in der Formulierung rührend naiv, verstoßen sie doch gegen alle Grundregeln einer Fragekonstruktion. Denn eine Frage ist nur dann objektiv, wenn nicht schon sie selbst, sondern erst der Befragte die Antwort erteilt.

Wie aber machts der VDS-Fragebogen? Da heißt es z. B.: „Sind Sie für ein Militärsystem, das Ihnen erlaubt, Ihren Wehrdienst mit einer kurzen Grundausbildung (etwa in den Semesterferien) und weiteren Übungen, die Ihren Studiengang nicht beeinträchtigen, abzuleisten?“ Diese Frage kann man nicht anders als mit Ja beantworten. Denn niemandem würde es einfallen, sich gegen eine derartige humane und zivile Wehrdienstordnung zu entscheiden. Eine so tendenziöse Frage will offensichtlich gar nicht fragen, sondern wartet bloß auf das unausbleibliche Kopfnicken der „Betroffenen“. Hofft man etwa, daß der Verurteilte beim Anblick des Komforts seines Gefängnisses dermaßen dank- und glück erfüllt sein wird, daß er gar nicht mehr daran denkt, gegen das Urteil zu rebellieren? Die Zustimmung der Opfer erleichterte schon immer die Exekution: Was wollen Sie eigentlich, Sie waren ja einverstanden, stillgestanden, Maul gehalten!

Gegen den ersten Entwurf des Fragebogens wandten sich, wie es hieß, die allgemeinen Studentenausschüsse der Universitäten Bonn, München und Mainz. Nicht aber, wie man glauben könnte, gegen die Pseudofragen des VDS-Vorstandes, sondern gegen die zentrale Frage, ob gegenwärtig in der Bundesrepublik deutsche Streitkräfte aufgestellt werden sollen. Dem VDS kam das sicher nicht ganz ungelegen, und er entschloß sich, einen abgeänderten zweiten Entwurf ohne die sicherheitsgefährdende Frage vorzulegen, „um die Einheitlichkeit der Befragung zu gewährleisten“. Fafety first, dachten die VDS-Soziologen, und: das Amt Blank muß es ja wissen. So kam also Fragebogen Nummer zwei (diesmal in gelb). Er sollte nicht bloß die Einheitlichkeit der Befragung, sondern vor allem auch gleich die der Beantwortung sichern. Die Beteuerung des VDS-Vorstandes, er wolle mit seiner Befragungsaktion nicht Partei pro oder contra Wiederaufrüstung ergreifen, muß in Anbetracht der Bereitwilligkeit, die grundlegende Frage wegzulassen, äußerst zwielichtig erscheinen.

Im übrigen ermutigt das Verhalten des Amtes Blank gegenüber der Westdeutschen Rektorenkonferenz kaum zur Hoffnung auf Änderung des einmal ausgearbeiteten Rekrutierungssystems. Man hat sich in Bonn noch immer nicht dazu entschließen können, der Rektorenkonferenz Gelegenheit zu geben, ihre Auffassung über Fragen des Wehrdienstes in einer mündlichen Aussprache darzulegen. Wahrscheinlich wegen chronischer Arbeitsüberlastung.

Kurt H. Lenk

Der Hintergrund fehlte

Die Filmselfkontrolle in Wiesbaden hat einen Fehlgriff getan: Sie hat den Film von Veit Harlan „Verrat an Deutschland“ verboten.

Es geht darin um die Geschehnisse eines gewissen Dr. Sorge, der vermöge guter Beziehungen zur deutschen Botschaft in Tokio seinerzeit mit großem Erfolge für die Sowjetunion spionierte. Daß die Verfilmung nach durchschnittlich provinzieller Traumfabrik-Schablone erfolgte, verbürgt der Name des Regisseurs: Selbst die Nazis geistern als harmlose Trottel über die Leinwand. Also: Keine Befürchtung für eine Verletzung des sittlichen oder religiösen Empfindens, keine nationalsozialistische, militaristische, imperialistische, nationalistische oder rassenhetzerische Tendenz! Auch die Beziehungen Deutschlands zu anderen Staaten bringt der Film nicht in Gefahr, etwa weil deren Regierungen, amtliche Repräsentanten und Einrichtungen herabgesetzt würden — selbst der sowjetische Generalstab kommt ganz gut weg! Daß der Film die verfassungsmäßigen und rechtsstaatlichen Grundlagen des deutschen Volkes in seiner Gesamtheit und in seinen Ländern gefährdet oder herabwürdigt, oder daß er durch ausgesprochen propagandistische oder tendenziöse Beleuchtung geschichtliche Tatsachen verfälscht, ist gleich unwahrscheinlich; zum ersten sind Regisseur und Verleih gegenwärtig schon aus geschäftlichen Gründen nicht zu haben, und zum zweiten wurde das Maß herkömmlicher „Tatsachenberichte“ nicht stärker strapaziert als notwendig, um das Kinopublikum bei Gefühl zu erhalten.

Damit ist der sich aus den Statuten der Selbstkontrolle ergebende Katalog erschöpft; eine Ablehnung des Films „Verrat an Deutschland“ wurde dadurch aber nicht gerechtfertigt.

Warum also das Verbot? Es fehle ein Gegengewicht gegen die Liebe, die Dr. Sorge für die Sowjetunion an den Tag lege, berichtete die Presse. An einer Stelle werde im Film z. B. auf die Landkarte gedeutet: „Sieh dort das große Rußland, hier das kleine Deutschland!“, die nach der gegenwärtigen politischen Lage erforderliche Ergänzung: „Dahinter steht diesmal aber das noch viel größere Amerika!“ sei unterlassen, und dergleichen mehr.

Es geht hier nicht um Veit Harlan. Es geht um die anscheinend zu Tage tretende Neigung der Filmselfkontrolle, eine Zensur im Sinne der offiziellen Politik zu usurpieren. Wenn ein Film aus politisch so fadenscheinigen Gründen desavouiert wird, dann ist das ein Skandal.

Udo Kollatz

Minister und Mörder

Kürzlich war in den Tageszeitungen zu lesen, daß unser Bundesjustizminister geäußert habe, er sei privat der Ansicht, man könne ohne Todesstrafe nicht auskommen. In ähnlicher Aufmachung war kurz zuvor die Meldung durch die Presse gegangen, daß ein verurteilter Mörder sich ebenfalls für die Todesstrafe ausgesprochen hatte. Die Abendzeitungen brachten die Darlegungen des Mörders im Gegensatz zu denen des Ministers „ganz groß heraus“. Offenbar verwunderte es die Herren Journalisten, daß selbst ein Mörder für die Todesstrafe eintritt. Dabei ist das ganz selbstverständlich; denn der Mörder fühlt sich nur da eigentlich wohl, wo der Staat ebenfalls totschießt. Zur Zeit der öffentlichen Hinrichtung waren Mörder nicht selten vor ihrer Tat Zuschauer von Hinrichtungen gewesen. Das bedeutete für diese Menschen offenbar eine Stimulanz. Wenn man in einer Strafanstalt eine Umfrage über die Todesstrafe anstellen würde, so wären die Befürworter in der Mehrzahl. Der Durchschnittsverbrecher hat kein Solidaritätsgefühl mit seinem Zellennachbar. Außerdem gefällt es dem Gefängnispersonal, daß der Mörder für die Todesstrafe ist; dies Bekenntnis wird ihm bestimmt Hafterleichterungen, vielleicht sogar frühzeitige Entlassung einbringen. Der Wert der berichteten Aussage des Mörders als Argument ist somit gleich null.

Was mag aber unseren Bundesjustizminister dazu bewegen haben, wenn auch nur privat für die Todesstrafe einzutreten? Es gibt für die Todesstrafe drei Argumente. Das erste Argument lautet: Man kann solche Menschen nicht auf Staatskosten lebenslanglich ernähren. Von diesem Satz führt ein gerader Weg zur Vernichtung lebensunwerten Lebens und zur Tötung der Alten und Kranken. Das zweite Argument: Die Todesstrafe schreckt ab. Wir sehen aber aus unserer eigenen Statistik wie aus der anderer Länder, daß Abschaffung und Wiedereinführung der Todesstrafe für Mord ohne Einfluß auf die Entwicklung der Mordkriminalistik ist. Entgegen der allgemeinen Meinung bleibt auch festzustellen, daß die Verbrechen des Mordes in der Bundesrepublik nicht zugenommen haben. Als es die Todesstrafe noch gab, waren Morde sogar häufiger. In anderen Ländern hat sich das auch gezeigt. Das Argument des Bundesjustizministers ist das Dritte: Für einen Mord ist nur die Todesstrafe die gerechte Vergeltung. Dieses Argument ist weder falsch noch verbrecherisch, zahllose ehrenwerte Menschen vertreten es. Es ist Überzeugungssache. Man wendet dagegen ein, das fünfte Gebot stehe der Todesstrafe entgegen (die Kirche, die das jüngste Gericht nicht erwarten kann, ist seit jeher anderer Ansicht und beschränkt das fünfte Gebot auf den Mord und die Abtreibung; damit befindet es sich dann praktisch außer Kraft), man dürfe sich vom Mörder nicht die Art der Vergeltung vorschreiben lassen und im Falle einer irrtümlichen Verurteilung sei die Todesstrafe irreparabel. Die Argumente halten sich die Waage, ich glaube aber, man sollte der Ablehnung der Todesstrafe den Vorzug geben.

Nun gibt es aber noch politische Argumente, die viel zu wenig berücksichtigt werden. Auf die Abschaffung der Todesstrafe pochend hat die Bundesregierung die scheußlichsten Verbrecher, die sich bei uns herumtrieben, die KZ-Kommandanten und ähnliches Gelichter, mit dem verglichen Lust- und Raubmörder lebenswerte Ehrenmänner sind, oft vor dem wohlverdienten Todesurteil im Ausland gerettet. Im Inland sind diese Personen sowieso in den Schutz dieser Bestimmung gekommen. Wie sieht es aus, wenn wir heute,

nachdem diese Verbrecher schon wieder nach ihrer Pension schielen (ein neues Aufgabengebiet für die Organisation der „Entnazifizierungsgeschädigten“!), für die so viel harm- und schuldloseren „gewöhnlichen“ Mörder die Todesstrafe einführen? Und das noch dazu ohne jeden deutlichen Anlaß, da die Verbrechen wegen Mordes nicht zugenommen haben? Würde man nicht überall den Eindruck erwecken, als habe man vorübergehend zum Schutze der KZ-Bestien „in Milde gemacht“? Vielleicht ist aber die Wiedereinführung der Todesstrafe für Mord nur als Auftakt gedacht für die Einführung weiterer todeswürdiger Delikte im Rahmen unserer Wiederaufrüstung. Denn die Todesstrafe für Fahnenflucht und Feigheit vor dem Feinde hat einen Sinn: Im Gegensatz zu der Todesstrafe für Mord schreckt sie ab. Sie richtet sich nämlich gegen einen anderen, unkriminellen Personenkreis. Unter der scheinheiligen Behauptung, man müsse diese Bestimmungen einführen, weil es die anderen Mitgliedstaaten der NATO verlangten (auf diesem Punkt werden die doch bestimmt nicht bestehen!), beschwört man den Geist des soeben zurückgekehrten Herrn Schörner in die künftige deutsche Armee.

Alexander Böhm

☆

Widerruf

Im Dezember 1953 veröffentlichte der DISKUS auf Seite 4 unter der Überschrift „Trojanisches Pferd in Bonn“ einen Beitrag von L. Loewe. Der Verfasser ironisierte darin die vom Verlag für Publizistik GmbH. in Bonn herausgegebene, im Staatsbürgerkundeunterricht an hessischen Schulen verteilte Broschüre „Freiheit in Uniform“, indem er versuchte, ihre Provenienz nach seinem Eindruck von Gestaltung, Bilderbildung und Text dieser Publikation zu ergründen.

Der Gestalter der kritisierten Broschüre klagte beim Landgericht Bonn auf Unterlassung einiger in unserem Artikel enthaltenen, von uns, wie wir nochmals betonen wollen, ironisch gemeinter Behauptungen. Das Landgericht Bonn hat zwar in seinem Urteil vom 11. 11. 1954 festgestellt, daß bei oberflächlichem Durchblättern der Broschüre zunächst der Verdacht aufkommen möge, es handele sich hier um östliches Propagandamaterial, daß man aber bei näherem Zusehen und Lesen der Broschüre bald feststelle, daß diese Broschüre ganz eindeutig gegen den östlichen Machtanspruch Propaganda machen solle. Da das Gericht jedoch der Ansicht war, daß unser ironisch gemeinter Artikel in keiner Weise einen versteckten Spott erkennen lasse, hat es den verantwortlichen Redakteuren untersagt, die Behauptungen aufzustellen:

„Die Broschüre mache indirekt, aber zweifellos recht geschickt für östliche Gedankengänge Propaganda, sie sei östliches Machwerk, sie sei schnell als Eislersche Holzhammerpropaganda zu erkennen, sie sei als übles Hetzblatt nach Westdeutschland gebracht worden.“

Das Landgericht hat die Redaktion ferner verurteilt, die oben angegebenen Behauptungen, ungeachtet unserer im Juli-Heft 1954 veröffentlichten Erklärungen, zu widerrufen.

Auf Grund dieses Urteils

widerrufen

wir hiermit die oben wiedergegebenen Behauptungen.

Die Redaktion



RHEIN-MAIN BANK

AKTIENGESELLSCHAFT

FRÜHER DRESDNER BANK

Frankfurt a. M., Gallus-Anlage 7

Fernsprecher: Ortsverkehr 30061, 30221, Fernverkehr 30231

Depositenkassen in Frankfurt a. M.:

Mainzer Landstraße, Mainzer Landstraße 93 · Opernplatz, Große Bockenheimer Straße 37 – 39

Roßmarkt, Roßmarkt 14 · Schweizerstraße, Schweizerstraße 27 · Großmarkthalle, Rückertstraße 4, Westanbau

55 Niederlassungen im süddeutschen Raum



Wiedervereinigung im Kleinformat

Der Sozialistische Deutsche Studentenbund hatte Studenten aus der sowjetisch besetzten Zone Deutschlands zu Gast. Was bewog den SDS, ein solches Treffen, das inoffiziellen Charakter trug, zu arrangieren?

Es kam nicht darauf an, den Gästen den „Goldenen Westen“ zu zeigen, sondern wie die guten so auch die schlechten Seiten des Lebens hier im Westen den Gästen vor Augen zu führen. Gastgeber und Gäste wollten feststellen, was hüben und drüben an falscher Propaganda über den anderen Teil Deutschlands verbreitet wird. Wenn die Teilnehmer in ihrem kleinen Wirkungsbereich künftig verhindern, daß solche unwahren Dinge verbreitet werden, müßte man das Treffen deshalb schon als vollauf geglückt bezeichnen.

Das studentische Leben in Ost und West war immer wieder Gesprächsthema. Die Finanzierung des Studiums interessierte besonders. Daß die Ostzonen-Regierung in dieser Hinsicht viel getan hat, mußte von den Gastgebern anerkannt werden, denn die meisten Studenten in Mitteldeutschland sind ihres Stipendiums sicher. Lediglich über die Bevorzugung der Arbeiter- und Bauernkinder auch bei

geringerer Begabung und über die Motive dieser großzügigen Unterstützung der Jugend wurde heftig gestritten.

Das Hauptziel des Treffens war die persönliche Aussprache von Studenten aus Ost und West. Man wollte sich in Gesprächen näher kommen. Hauptzweck dieser Gespräche war, jeden einzelnen erneut darauf aufmerksam zu machen, daß die Wiedervereinigung Deutschlands das oberste und einzig große Ziel einer jeden deutschen Politik sein muß. Jede Lauheit in dieser Frage, sei es, daß sie im Westen oder im Osten auftritt, muß bekämpft werden.

Daß der Frankfurter SDS versuchte, mit Studenten aus Mitteldeutschland in persönlichen Kontakt zu kommen, ist anzuerkennen. Hoffentlich lernen andere Vereinigungen daraus und versuchen, ähnliches zu tun. Denn nur auf dem Wege von Gesprächen und Verhandlungen ist eine Wiedervereinigung unseres getrennten Vaterlandes zu erreichen.

Herbert Klingler

Die Redaktion des DISKUS bringt hier Stellungnahmen Frankfurter Kommilitonen zu den Gesprächen zum Abdruck.

Anschluß um welchen Preis?

Bei der öffentlichen Diskussion hielten sich die Gäste aus der Sowjetzone in Fragen der Weltpolitik zurück. Da sie wieder in die Zone zurück mußten, war eine scharfe Kritik der dortigen Verhältnisse von ihnen nicht zu erwarten. Eine solche Kritik ist auch gar nicht nötig; denn die Bevölkerung der Sowjetzone hat am 17. Juni 1953 eine vernichtende Kritik ausgesprochen.

Die Gäste aus der Sowjetzone beschränkten sich daher im wesentlichen darauf, die konkreten Möglichkeiten zu einem Austausch zu erörtern, der die durch die Zonengrenze bedingte Entfremdung verhindere.

Nicht so die Teilnehmer aus der Bundesrepublik. Bei ihnen stand die Weltpolitik im Mittelpunkt, und wenn der SDS nicht die Kommilitonen aus Leipzig und Jena eingeladen hätte, wäre es beinahe naheliegend gewesen, anzunehmen, daß den Frankfurtern die menschlichen Beziehungen zu den Bewohnern der SBZ ganz gleichgültig sind.

An den Ausführungen einiger junger Sozialisten aus dem Westen fiel mir auf, daß ihre Gegnerschaft zu der Bundesregierung eine Form annahm, wie man sie sonst nur bei grimmigen Verächtern des Rechtsstaates, bei Faschisten und Kommunisten, vorfindet. Um des Anti-Adenauer-Kurses willen wurde unser — von den Sozialdemokraten doch wesentlich mitgeformtes — Staatswesen verleumdet und einem sinnlosen Nationalismus das Wort geredet. Hoffmann von Fallersleben hat in unserer Nationalhymne sich schließlich nicht auf den Ruf „Deutschland, Deutschland über alles!“ verbunden mit der Bezeichnung der Grenzen beschränkt, sondern die inneren Werte, „Einigkeit und Recht und Freiheit für das deutsche Vaterland“ gefordert, und zwar nicht nur für das deutsche Vaterland in corpore gegenüber dem Ausland, sondern besonders für den deutschen Bürger im Inland. Die Freude an einem nach seiner Nationalität bezeichneten möglichst großen Farblecks auf der Weltkarte darf nicht mit dem Unglück der in diesem Farbleck lebenden Menschen erkaufte werden.

Für jeden Menschen ist es heute wichtiger, zu wissen, ob er in einer faschistischen oder bolschewistischen Diktatur lebt, als ob er in Deutschland, Frankreich oder Polen lebt. Als wir noch ein einheitlicher Farbleck waren, da wurden nicht etwa von unserer Regierung unsere nationalen Gegner (die sog. Erbfeinde), sondern vor allem unsere deutschen Mitbürger verfolgt und gepeinigt, soweit sie politisch, rassisch oder religiös der Regierung nicht paßten. Die Nazis fremder Nationalität galten indessen als voll gleichwertig. Der Farbleck war eine Fassade, hinter der die deutsche Nation tiefer zerfallen war unter sich als je mit ihren ärgsten nationalen Feinden. Und heute würde die überwältigende Mehrheit des deutschen Volkes lieber in einer nordamerikanischen Kolonie als in einem „souveränen“ bolschewisierten Deutschland leben. Die Wiedervereinigung Deutschlands als Selbstzweck ist mithin kein vernünftiges Ziel einer Politik.

Auch die Bevölkerung der Sowjetzone ist an einer Wiedervereinigung nicht interessiert, wenn sie nicht durch die Wiedervereinigung zugleich eine demokratische und rechtsstaatliche Ordnung erhält. Denn dafür, daß alle Deutschen im selben — gleichgültig wie beschaffenen — Staatsgebilde schmachten, wirft heute niemand mehr Pflastersteine gegen sowjetische Panzer. Wenn die Wiedervereinigung der Sowjetzone nicht die Freiheit bringt, hat sie keinerlei Berechtigung. Für die Bewohner der SBZ ist eine rechtsstaatliche getrennte Bundesrepublik wertvoller als die Zugehörigkeit zu einem bolschewistischen Gesamtdeutschland oder einem neutralisierten Gesamtdeutschland, das stark gefährdet ist, bolschewisiert zu werden. Die Wiedervereinigung ist also nur denkbar in der Form des „Anschlusses“, des Anschlusses nämlich an die verfassungsmäßigen Grundsätze der Bundesrepublik. Sollten die Sowjets von sich aus die SBZ in unserem Sinne demokratisieren und in einen Rechtsstaat, wie die Bundesrepublik einer ist, verwandeln, dann würde zwar der Gedanke an einen Anschluß viel von seiner Anziehungskraft verlieren, unseren deutschen Landsleuten in der Zone wäre aber fürs erste geholfen. Und das ist das Primäre. Ein Nationalismus, der die Farblecksideologie über das Wohl der Landsleute stellt, ist sinnlos.

Die SPD meint im Grunde ihres Herzens Anschluß, wenn sie von Wiedervereinigung redet. Um der Propaganda aber einen weiteren „Abnehmerkreis“ zu sichern, wird der Gedanke etwas unklar ausgedrückt. So kommt es, daß einige unserer sozialdemokratischen Kommilitonen vor lauter eingebildeten Adenauerterror nur noch ein verächtliches Lachen für den Rechtsstaat west-

licher Prägung haben. Sie verstiegen sich zu der Behauptung, daß man hier auch nicht frei sei, daß man sich, wie in der SBZ der Verfolgung aussetze, wenn man regierungsfeindliche Ansichten habe oder seine Freunde in der SBZ besuchen wolle. Nach der Wahl zum Bundestag im Jahre 1953 warteten Gewerkschaftsfunktionäre auf das Verbot der Gewerkschaften durch die „Adenauerfaschisten“, wie ich selbst hören mußte, da ich damals auf dem DGB arbeitete. So sehr hatten sich diese braven Leute im Wahlkampf in die von ihnen den bürgerlichen Parteien unterschobenen verbrecherischen Gedankengänge hineingeeingestigt. Mit solchen Reden schaden Demokraten der Demokratie und obendrein ihren eigenen Parteifreunden, die in Verfassungsschutzämtern und Länderregierungen führend tätig sind.

Mag das Verfassungsschutzamt in Wiesbaden über meine Reden und Reisen denken wie es will, wenn es mich in meinen Rechten kränkt, kann es was erleben! Das ist der Standpunkt,



mit welchem man in einem freiheitlichen Lande staatlichen Institutionen gegenüberstehen sollte. Tut man das aber nicht, sondern steigert sich — wie einige unserer sozialistischen Freunde — in eine unbegründete Angst hinein, dann wird man selbst am „Übermut der Ämter“ mitschuldig. Und grob ungehörig ist es, die mehr oder minder geschickten Versuche der Bundesregierung, unfriedliche Demonstranten zu bekämpfen, in irgendeine auch noch so feine Verbindung mit der Rechtlosigkeit in der SBZ, mit den Terrorurteilen einer Hilde Benjamin oder mit den Gaskammern von Mauthausen zu bringen. Umgekehrt ist es natürlich ebenso niederträchtig, den Feinden einer deutschen Aufrüstung aus diesem Grunde Kommunismus, Landes- oder gar Abendländesverrat vorzuwerfen!

Den demokratischen politischen Gegner aus taktischen Gründen der Gewalt und der Diktatur zu zeihen, ist ein gefährlicher Bumerang. Die Feinde der Demokratie nehmen solche Reden mit Freuden zur Kenntnis und werden sie dazu benutzen, das Fundament zu zerstören, auf dem demokratische Regierung und demokratische Opposition stehen. Alexander Böhm.

Mit Argumenten der Sowjets?

Das Gespräch über Möglichkeiten zur Wiedervereinigung Deutschlands, das der SDS mit mitteldeutschen Kommilitonen geführt hat, war nicht nur deswegen interessant, weil sich alle einig waren, daß die Schuld an der Spaltung Deutschlands bei den Siegermächten des zweiten Weltkrieges liege. Gewiß haben Molotow und J. F. Dulles bei der Berliner Außenministerkonferenz nicht ausschließlich mit dem Vorsatz verhandelt, Deutschland unter allen Umständen wieder zusammenzufügen. Es kann auch kaum einen Zweifel über den Standpunkt des französischen Außenministers Bidault auf der Moskauer Außenministerkonferenz von 1947 geben. Aus dem Protokoll dieser Konferenz ist ziemlich klar ersichtlich, daß er damals den stärksten Widerstand gegen eine zentrale deutsche Verwaltung geleistet hat.

Aber die Moskauer Konferenz von 1947 und die Berliner Konferenz von 1954 sind vergangen, und die politischen Beziehungen zwischen den Großmächten haben sich verändert. Man denke nur an die letzten Deutschlandklärungen der Sowjetunion. — Die Feststellung der eigenen Schuldlosigkeit an der Spaltung wäre aber nur von Bedeutung, wenn daraus der Anspruch auf eine „deutsche“ Deutschlandpolitik abgeleitet werden könnte.

Noch interessanter waren an diesem Abend die Äußerungen des Vertreters der Sozialdemokratischen Partei. Er übte harte Kritik an der Haltung der westdeutschen Bevölkerung. Er sprach von der politischen Lethargie im Westen und dachte dabei wohl an die „satten Bürger“, die die Wiedervereinigung scheuen, aus Angst vor dem sozialen Risiko, das der Zusammenschluß mit sich bringt. Daß damit von einem Sozialdemokraten sichtlich ungewollt Propaganda für den „goldenen“ Westen gemacht wurde, fiel nicht weiter auf. Wer will es aber den aufmerksameren Studenten aus Mitteldeutschland übelnehmen, wenn sie diese westdeutsche Lethargie als echten Beweis für tatsächlichen Wohlstand um größere soziale Geborgenheit verstehen wollen; denn nur für den, der viel besitzt, kann ein soziales Risiko Sekreken haben.

Dreiviertel aller Anwesenden waren sich einig in der Ablehnung der westdeutschen Aufrüstung. Die einen meinten — es waren in der Mehrzahl Besucher aus der sowjetischen Zone — sie sei eine Gefahr für die Wiedervereinigung Deutschlands, andere hatten vor allem eine persönliche Abneigung gegen das Soldatsein. Viele der Anwesenden hielten die Neutralisierung Deutschlands für das Beste. Erstaunlich war aber, daß kein

Unterschied zwischen der Konzeption der Bündnislosigkeit der SPD und der Neutralisierungspolitik der Sowjetunion gemacht wurde. Man kann der Sozialdemokratischen Partei nicht vorwerfen, sie habe nicht mit bestem Willen versucht, ihren Standpunkt gegen den der Sowjetunion abzusetzen, man kann auch ihren Standpunkt politisch verwerfen, ihn aber wahllos und willkürlich mit demjenigen der Sowjetunion zu vermengen, ist nicht nur gefährlich, sondern auch der Beweis, daß in diesen Fragen noch zu wenig Klarheit herrscht. Oscar Strobel

Rezepte und Analysen

Ob wir einen Krieg überleben, ob Europa überhaupt noch eine Chance hat — allgemein anerkannte Prognosen gibt es dazu nicht. Es ist deshalb reizvoll, Betrachtungen zu diesem Thema zu vergleichen.

Raymond Aron, Chefredakteur des Pariser „Figaro“ (hier bekannt u. a. durch seine Teilnahme am Universitätsfest 1952), sieht die letzte Chance Europas in der Möglichkeit, den Kalten Krieg zu gewinnen*):

„Der Westen kann heute kein anderes Ziel haben, als einen begrenzten Krieg zu gewinnen, um nicht einen überdimensionalen Krieg führen zu müssen.“

Aber wird nicht der Unterliegende des Kalten Krieges zu den Waffen greifen, um diese Schlappe noch im letzten Augenblick abzuwenden, und beschwört deshalb nicht der „Gewinn“ des Kalten Krieges erst recht das Chaos eines neuen Krieges herauf, obwohl er es vermeiden sollte? Oder heißt den Kalten Krieg „gewinnen“ nicht mehr als den nächsten Weltkrieg um die Dauer des Kalten Krieges hinausschieben? Ist damit wirklich etwas gewonnen?

Aron bejaht diese Frage. Denn nur der Kalte Krieg kann bei der gegenwärtigen Konstellation der Macht die sowjetische Expansion eindämmen. Auch die Bolschewisten scheuen den Atombombenkrieg. Will der Westen sich nicht selbst aufgeben, muß er den Sowjets unmißverständlich klarmachen, daß ein Eindringen der Roten Armee nach Jugoslawien, der Türkei, Persien, Deutschland, Norwegen usw. den Ausbruch eines Weltkrieges zur Folge hat. Zwar kann von einer wirksamen Verteidigung dieser Staaten nicht die Rede sein; aber die Sowjets werden sie respektieren, eben weil ihre Okkupation einen Atomkrieg nicht wert ist. Aber im Kalten Krieg bestehen können diese Staaten nur, solange sie innere Widerstandskraft gegen den Kommunismus besitzen. Darin liegt — Aron nennt das Kapitel „Glaube ohne Illusionen“ — die einzige Hoffnung Europas, zu überleben. Denn vielleicht wird durch die zunehmende Reaktion in der Sowjetunion allmählich die Stoßkraft des Bolschewismus erlahmen und nach einigen Jahren des Kalten Krieges dann wirklich eine „friedliche“ Koexistenz zulassen.

Das 1953 vollendete Werk ist heute noch aktuell. Nicht nur in der politischen Perspektive, die es eröffnet, sondern vor allem durch Arons sorgfältige historische und ökonomische Analyse der europäischen Situation.

Von einer ganz anderen Seite aus beginnt Karl I. Albrecht: „Sie aber werden die Welt zerstören“**) seine Analyse. Albrecht war in den zwanziger Jahren stellvertretender Volkskommissar der UdSSR, fiel einer der Säuberungen zum Opfer, emigrierte, kam nach 1933 nach Deutschland, wo sein Buch „Der verrätene Sozialismus“ in Millionenaufgabe von der Partei verbreitet wurde (der erste Abschnitt des vorliegenden Werkes ist lediglich dessen konjunkturrel temperierte Zusammenfassung), war während des Krieges im Kriegsgefangenen- und Fremdarbeiterwesen tätig, wurde von den Amerikanern als prominenter Nazi eingesperrt, ging anschließend nach Caux und betreibt seither die moralische Aufrüstung. Sein Ziel: Die Deutschen davon zu überzeugen, daß es sinnlos ist, Kanonenfutter des historisch überholten Kapitalismus zu sein. Die Menschen im Westen sollen versuchen, das durch die barbarischen Überfälle in Rußland entstandene berechnete Mißtrauen gegen alles Ausländische zu überwinden, sich an der Erschließung des kommunistischen Asien zu beteiligen, Handel zu treiben, kurz gesagt, friedlich zu koexistieren. Charakteristisch ist folgende Stelle (S. 556):

„Wir dürfen nicht auf die Wölfe im Schafpelz hören, die mitten unter uns als Schutzengel getarnt, alles, was aus dem Osten kommt, abtun mit einem: unmöglich! Warum unmöglich? Wir wollen kein ostdeutsches Regime in Westdeutschland. Ich glaube, daß Malenkov, Molotow, Mao und Tschuen Lai viel zu klug sind, um von uns Menschen des Westens zu verlangen, daß wir kindisch und affenmäßig kopieren, was im Osten gut war und gut ist. Wir wollen andere Wege gehen. Das müssen wir dem Osten klarmachen. Aber nicht durch Geschimpfe und Drohungen eines lächerlich kleinen Zwergs gegenüber diesem Riesen, sondern im persönlichen Gespräch unter Gleichen. Wenn unser deutsches Volk in seiner Mehrheit den Kommunismus will, bin ich der letzte, der dagegen protestiert. Aber aufzwingen — nein, aufzwingen lassen wir ihn uns nicht.“

Gefährlich an dieser Argumentation ist allein, daß sie plausibel erscheint: Der Zwerg soll den Riesen nicht reizen; — aber er soll gleichberechtigt mit ihm verhandeln! Wir wollen uns den Kommunismus nicht aufzwingen lassen; — aber wie kann der Zwerg in der erdrückenden Umarmung des Riesen noch vermeiden, ihm zu willfahren? Albrecht ist zu klug, um das nicht auch bedacht zu haben.

Interessant ist das Buch in anderer Beziehung. Der Verfasser versteht es, die im letzten Krieg auf allen Seiten begangenen Grausamkeiten nicht nur zu schildern, sondern auch ihre Ursachen aufzuzeigen; er zeigt, wieso Menschen, die nicht von Haus aus Sadisten waren, dazu kamen, andere zu schinden und zu quälen.

* Raymond Aron, Les Guerres en Chaîne, deutsch: Der permanente Krieg, S. Fischer Verlag, 1953, 464 Seiten, Leinen, 17,50 DM.
**) Karl Albrecht, Sie aber werden die Welt zerstören, Verlag Herbert Neuner, München, 1954, 559 Seiten, ohne Preisangabe.

Universitätsbuchhandlung BLAZEK & BERGMANN

Inhaber Dr. H. Bergmann

Frankfurt a. M., Goethetr. 1 · Tel. 93633 u. 95264

Sämtliche Fachbücher aus den Gebieten

Jura, Wirtschaftswissenschaften,

Medizin, Technik,

Naturwissenschaften

Wahlen zum Studentenparlament

Von der Selbstverwaltung . . .

Studenten, wählt Eure Vertreter!

So rufen in diesen Tagen die Plakate, sie bitten — mahnen. Es geht um die Mitarbeit in der Selbstverwaltung.

Nach dem gegenwärtigen Verfahren und gemäß der entworfenen Universitäts-Satzung ist die Studentenschaft ein Organ der Universität und soll an der Selbstverwaltung der Hochschule teilhaben.

Nach der Satzung der Studentenschaft der J. W. Goethe-Universität sind die Organe der Studentenschaft:

- das Studentenparlament
- der Allgemeine Studentenausschuß (Asta)
- die Fachschaften.

Diese Gremien vertreten nach innen die Belange der Studenten und sollen in der Selbstverwaltung der Universität mitarbeiten, nach außen nehmen sie die studentischen Interessen gegenüber Dritten wahr.

Es ist also im Interesse aller Studenten, wenn die Mitglieder dieser Organe eine starke Wählerschaft hinter sich wissen und sehen, daß sie bei der Erledigung ihrer Arbeit den nötigen Rückhalt haben.

Jeder Student, der sich an der Wahl beteiligt, sorgt daher auch für seine persönlichen Interessen.

Der Allgemeine Studentenausschuß (Asta)

ist das Exekutivorgan der Studentenschaft. Er besorgt die Durchführung der Beschlüsse des Studentenparlaments und vertritt in dieser Eigenschaft die Studentenschaft nach innen und nach außen. Der Asta führt die Verhandlungen in den Anliegen der Studenten und legt seine Arbeit dem Parlament zur Billigung vor. Es empfiehlt sich für den Asta, das Parlament in jeder Phase vom Stand der Dinge zu unterrichten, um mit mehr Nachdruck seine Aufgabe erfüllen zu können. Er benennt selbständig seine Beauftragten zur Wahrnehmung studentischer Interessen bei Senat, Kuratorium und Studentenwerk, jedoch bedürfen die Vertreter beim Senat der ausdrücklichen Bestätigung durch das Parlament.

Die drei Vorsitzenden des Asta werden für jedes Semester vom Parlament gewählt. Sie berufen die Referenten, die das Parlament bestätigen muß. Zur Zeit gehen die Bemühungen dahin, auch Nicht-Parlamentarier mit der Leitung eines Referats zu beauftragen.

Im Gegensatz zu allen anderen Asta in der Bundesrepublik gibt es in Frankfurt 3 Vorsitzende, wohl ein Relikt aus der Zeit der Allein-Regierung des Allgemeinen Studentenausschusses. Es sollte in der Zukunft möglich sein, auch mit zwei Vorsitzenden auszukommen.

Ausschußantrag ohne „ob“

Während die nüchternen Räume des Studentenhauses von eifrigen Händen für das „Quartier Latin“ geschmückt wurden, tagte das Studentenparlament am Mittwoch, dem 2. Februar im Exil. Auf den harten Bänken im Hörsaal 5 versammelten sich die Parlamentarier, um den Ausschlußbericht über die Wehrbefragung zu hören.

Unter den Augen der etwa 80 Zuschauer und der Linse der Filmkamera glänzte manches Mitglied in sonst ungewohnt ernster Kleidung und Miene. — Unter den Zuhörern befand sich übrigens zufällig der 3. Vorsitzende des VDS und früheres Mitglied des Frankfurter Asta, Arnulf von Keußler.

Thema war die vom VDS angeregte Wehrbefragung der Studentenschaft, die der Asta nach langem Bedenken dem Parlament vorgelegt hatte. Ein Ausschluß sollte eine grundsätzliche Stellungnahme vorschlagen, die der Delegierten-Konferenz des VDS die Meinung der Frankfurter Studentenschaft aufzeigen sollte. Schon die ungewohnt große Zahl der Zuhörer machte die Wichtigkeit des Punktes selbst einem unbefangenen Betrachter deutlich. In einer gespannten Atmosphäre legte der Ausschluß seinen Bericht vor; das schriftführende Mitglied D. Hartmann erklärte unter Klopfen und Zischen, warum der Ausschluß sich mit dem „Wie“ begnügen und auf das „Ob“ verzichten wolle.

Anschließend gab Herr Wilkening eine persönliche Erklärung ab, um seiner Flugblattaktion die richtige Deutung zu geben. Er beantragte im Gegensatz zum Ausschluß auch das „Ob“ in den Fragebogen aufzunehmen. Das Präsidium erklärte seinen Antrag für weitergehend und eröffnete die Beratung. Nach dreifacher Lesung wurde der Antrag Wilkening abgelehnt. Sofort kam es unter den Zuhörern zur Unruhe, da dort unverzüglich mit der Sammlung von Unterschriften zur Anfechtung dieses Ablehnungsbeschlusses begonnen wurde. Das Parlament verbat sich den Lärm und trat nach einer allgemeinen Beruhigung in die Beratung über den Ausschlußantrag ein. Die Vorlage bestand aus 5 Punkten, die sich im einzelnen mit der Möglichkeit der Wehrbefragung beschäftigten. Es wurde über jeden Punkt einzeln abgestimmt.

Sei es nun, daß die vorangegangene Debatte die Parlamentarier ermüdet hatte, sei es, daß selbst den Ausschlußmitgliedern Zweifel kamen: Von den 5 Punkten wurde nur einer angenommen, des Inhalts, daß sich die Frankfurter Studentenschaft einer vom VDS beschlossenen Befragung anschließen wird.

Nicht wenige Parlamentarier waren vom Ergebnis unzufrieden. Die Anfechtung des Parlamentsbeschlusses bleibt abzuwarten.

M. Weber

Das Studentenparlament

ist die Legislative der Studentenschaft. Es setzt sich aus den Vertretern der Fachschaften zusammen, die immer für zwei Semester gewählt werden. Jede Fachschaft hat für je 150 Studierende ein Mandat. Um die Kontinuität zu wahren, scheidet jedes Semester jeweils die Hälfte der Mitglieder nach zweisemestrigem Mandat aus.

Sämtliche Maßnahmen, die zur Vertretung studentischer Interessen notwendig sind, müssen das Parlament beschäftigen. Das Ergebnis der Beratungen, die sich mit der Arbeit des Asta oder anderer Ausschüsse befassen, findet Ausdruck in den Beschlüssen, deren Ausführung den dazu gewählten Organen aufgegeben ist.

Da die Vertretung studentischer Interessen nicht nur Stellungnahmen gegenüber außenstehenden Dritten sondern auch gegenüber Senat, Kuratorium, Studentenhaus e. V. und Studentenwerk, und auch die Arbeit im Verband Deutscher Studentenschaften umfaßt, ist es die hohe Aufgabe des Parlaments, die Diskussionen über die verschiedenen Punkte sachlich zu führen, um durch unbestechliches Urteil den Belangen aller Studenten Achtung zu verschaffen.

Neben besonderen Ausschüssen wählt das Parlament für ein jedes Semester den Asta. Außerdem setzt es die Herausgeber der Frankfurter Studentenzeitung DISKUS ein.

Die Sitzungen des Parlaments sind öffentlich. Leider nützen nur wenig Kommilitonen diese Gelegenheit, in die Selbstverwaltung Einblick zu nehmen und sich von der Arbeit ihrer gewählten Vertreter zu überzeugen. Ich richte deshalb an alle Studierenden die Einladung, das Parlament recht oft zu besuchen. Die Sitzungen werden am Asta-Brett angekündigt.



Magnus Weber
1. Sprecher des Studentenparlaments

Wahrscheinlich gibt es manchen Kommilitonen, der beim Lesen der Überschrift glaubt, daß nun ein mehr oder weniger in „Ehren ergrauter“ Asta-Funktionär den Versuch unternimmt, die Existenzberechtigung eines bürokratisierten Verwaltungsapparats nachzuweisen. Nein, hier soll ein kurzer Überblick über die ehrenamtliche Tätigkeit der Kommilitonen in der studentischen Selbstverwaltung gegeben werden.

Dem Allgemeinen Studentenausschuß (Asta), dem Exekutivorgan der studentischen Selbstverwaltung obliegt nicht nur die Erledigung der unauffälligen, aber wichtigen und zeitraubenden Routinearbeit, sondern auch die Vertretung studentischer Interessen bei der Universität und bei den zuständigen Stellen des Landes und der Stadt. Auch auf diese Weise ist der Asta für alle Studenten tätig, auch für diejenigen, die bis jetzt noch keine Veranlassung hatten, bei ihm vorzusprechen. Auch diese Kommilitonen werden vielleicht in absehbarer Zeit noch Kontakt mit dem Asta bekommen, sei es, um Buchverbilligungsscheine zu beantragen oder sich für eines der zahlreichen Austauschprogramme interessieren. Damit habe ich in etwa die Arbeit des Sozialreferenten beschrieben, die sich aber nicht nur auf die Ausgabe von Buchverbilligungsscheinen beschränkt. So wurde z. B. im Dezember eine Weihnachtssammlung für minderbemittelte Studenten erfolgreich durchgeführt. Dadurch konnten wenigstens einige bedürftige Kommilitonen die Weihnachtszeit ohne finanzielle Sorgen verbringen. Im Zusammenhang damit wurden Kommilitonen aus der Ostzone als Weihnachtsgäste zu hiesigen Familien vermittelt. Neben dieser und ähnlicher Tätigkeit obliegt dem Sozialreferenten die Wahrnehmung studentischer Interessen im Förderungsausschuß des Studentenwerk e. V., in dessen geschäftsführendem Vorstand noch ein weiteres Mitglied des Asta vertreten ist.

Der Aufgabenbereich der anderen fünf Asta-Referate umfaßt zum Beispiel die Vorbereitung für den Studentenaustausch mit Westberlin, den Praktikantenaustausch in zahlreiche westliche Länder und die Vorbereitung und Durchführung von verbilligten Ferienreisen ins Ausland. Der Asta-Vorstand hat diese Arbeiten zu koordinieren und trägt dafür die Verantwortung gegenüber Parlament und Studentenschaft. Dem Vorstand des Studentenhaus gehört ebenfalls ein Vertreter des Asta an. Dieser sorgt auch für die zweckentsprechende Nutzung des Wochenendheimes Oberreifenberg, das der Studentenschaft zu Wochenendtagungen u. ä. überlassen wurde.

Der Asta-Vertreter im Studentenhaus e. V. ist auch Mitglied eines Auswahlausschusses für die Bewohner des Studentenhauses;

Die Fachschaften

regeln die rein studienmäßigen Belange; sie befassen sich vor allem mit Fragen der Studienreform. Die Mediziner bilden in Frankfurt die homogenste und auch wohl selbständigste Fachschaft, gefolgt von den Naturwissenschaftlern. Dies mag wohl darin liegen, daß sie schon räumlich vom Massenbetrieb der Vorlesungen im Hauptgebäude getrennt sind. Die Juristische Fachschaft hat in letzter Zeit durch ihre Bemühungen um Studienreform und Referendarbezahlung eine gute Resonanz erzielt. Sie hofft deshalb auf eine besonders rege Wahlbeteiligung. Um die Wahlbeteiligung gibt es einen stillen Wettkampf unter den Fachschaften. Es führte semesterlang die Medizinische Fachschaft, erst im letzten Semester gelang es den Juristen sich durch eine Wahlbeteiligung von rund 54% an die Spitze zu setzen.

Die Aufgaben

Nach Meinung der Studentenschaft wird die gegenwärtige Fassung des Entwurfs einer Universitäts-Satzung dem Grundsatz, daß die Studenten Bürger ihrer Hochschule sind, nicht gerecht. Ihnen wird nur die Bestimmung über ihre eigenen Belange gestattet, nicht das Mitwirken in den anderen Organen der Universität. Vordringliche Aufgabe ist deshalb die Schaffung einer verfassungsmäßigen Grundlage für die Mitverwaltung der Universität. Es gilt, die Universitätsbehörden davon zu überzeugen, daß die Studenten nicht gegen, sondern mit und für ihre Lehrer sprechen wollen.

Die Studentenschaft soll sich auch maßgeblich an der Hochschulreform beteiligen und mithelfen, die Pläne in die Tat umzusetzen.

Schließlich aber müssen sich die Mitglieder der Studentischen Selbstverwaltung immer wieder darum bemühen, das Gemeinschaftsbewußtsein unter den Studenten wachzuhalten und zu fördern und jeden Kommilitonen zum Einsatz für Studentenschaft, Hochschulgemeinschaft und das Wohl des Staates zu gewinnen.

In diesem Sinne bitte ich nicht nur die Kandidaten, sondern alle Kommilitonen, uns bei der Erfüllung der Aufgaben zu helfen. Erheben Sie Ihre Stimme, sei es um zuzuhören oder zu kritisieren, und arbeiten Sie bitte an der Lösung der Probleme mit.

Magnus Weber

. . . und aus der Arbeit des Asta

leider ist er gezwungen, 75% aller Aufnahmegesuche abzuweisen, weil die Bettenzahl dieses bisher einzigen Wohnheims den Anforderungen nicht entspricht. Nur 1,8% der Studenten unserer Universität können im Wohnheim Unterkunft finden. Dieser Prozentsatz ist, gemessen an anderen Hochschulen, nicht nur in Hessen der niedrigste, sondern auch mit großem Abstand in der Bundesrepublik und in Westberlin. Die Bemühungen des Vorstandes des Studentenhaus e. V. und des Kuratoriums um den Neubau eines weiteren Wohnheims lassen nach dem neuesten Stand der Dinge eine Linderung der dringenden Not auf diesem Gebiet erhoffen. Der Asta hat u. a. durch Gesuche an die entsprechenden Stellen diese Bestrebungen unterstützt. Die beabsichtigte Umwandlung des Studentenhaus e. V. in eine GmbH erscheint dem Asta hingegen bislang nicht ausreichend begründet.

Eine weitere Aufgabe des Asta im Einvernehmen mit der Universität ist die Durchführung von Festen, z. B. des großen Winterballs Quartier Latin. Zur Ausschmückung der Räume wurden alle stud. Vereinigungen und Gemeinschaften aufgefordert. Eine Anzahl der Gemeinschaften ermöglichte durch ihre Beteiligung an den umfangreichen Vorbereitungen dieses Fest der Universität und der Studentenschaft.

Bisher war nur die Rede von der lokalen Asta-Arbeit. Ich möchte jedoch noch kurz auf die Tätigkeit unserer Vertreter im Landesverband und dem Verband deutscher Studentenschaften (VDS), dem Zusammenschluß aller Astas der Bundesrepublik hinweisen. Im Landesverband Hessen wurde durch Gespräche der Asta-Vorsitzenden und der Geschäftsführer die auf der letzten Parlamentssitzung eingehend behandelte Gründung der Landesdarlehenskasse vorbereitet.

Dies ist nur ein kleiner Ausschnitt aus der Tätigkeit des Asta, der die ihm gestellten Aufgaben nur dann erfolgreich lösen kann, wenn das Parlament und die Studentenschaft mitarbeiten und die ehrenamtliche Arbeit der Studentenvertretung unterstützen.

Rudolf Eberl

Große Tageszeitung im Rhein-Main-Gebiet sucht

Redaktions-Volontär

Vom Bewerber wird überdurchschnittliche Allgemeinbildung (mehrsemestriges Studium mit gewissem Abschluß), nachweisbar guter Stil und besondere Aufgeschlossenheit unserer Zeit gegenüber erwartet. Geboten wird gründliche Ausbildung in der Redaktionsarbeit einer modernen Zeitung bei Vergütung nach Tarif. Bewerbung mit handgeschriebenem Lebenslauf, Lichtbild, Stilproben und Zeugnisabschriften an DISKUS, Frankfurter Studentenzeitung, Geschäftsführung, Frankfurt/M., Rheinstr. 7.

Aktuell sind die Formulierungen des alten Kant gegen die Populärphilosophie seiner Zeit, deren Erben sich heutzutage pharisäisch als Hüter der Redlichkeit und Besonnenheit aufspielen: „Die Buchmacherei ist kein unbedeutender Erwerbszweig in einem der Kultur nach schon weit fortgeschrittenen gemeinen Wesen: wo die Leserei zum beinahe unentbehrlichen und allgemeinen Bedürfnis geworden ist. — Dieser Teil der Industrie in einem Lande aber gewinnt dadurch ungemein: wenn jene fabrikmäßig getrieben wird; welches aber nicht anders als durch einen den Geschmack des Publikums und die Geschicklichkeit jedes dabei anzustellenden Fabrikanten zu beurteilen und zu bezahlen vermögender Verleger geschehen kann. — Dieser bedarf aber zur Belebung seiner Verlagshandlung eben nicht den inneren Gehalt und Wert der von ihm verlegten Ware in Betracht zu ziehen: wohl aber den Markt, worauf, und die Liebhaberei des Tages, wozu die allenfalls ephemeren Produkte der Buchdruckerpresse in lebhaften Umlauf gebracht und, wenngleich nicht dauerhaft, doch geschwinden Abgang finden können.“

6. Seit nun bald 200 Jahren hat die große Philosophie das Diktat der verbalen Definitionen gebrochen, die, säkularisiertes scholastisches Erbe, noch die rationalistische Metaphysik beherrschten. Kritisches Philosophieren heißt wesentlich: nicht aus bloßen Begriffen schließen, sondern die tragenden Beziehungen zwischen Begriffen und dem durchdenken, worauf sie gehen. Die Kantische Kritik des ontologischen Gottesbeweises bezeichnet den Durchbruch dieser Intention in der deutschen Philosophie, und Hegel, in dem so viele Kantische Motive zu sich selbst kommen, hat im dritten Teil der Logik das definitorische Verfahren seiner Außerlichkeit überführt (WW ed. Glockner, 5. Bd. S. 289 ff., bes. S. 293). Die gängige Wissenschaftslogik hat daran vergessen: seit der verhängnisvollen Abspaltung der Einzelwissenschaften von der Philosophie ist in jenen der Glaube an Definitionen aufstanden und wird mit der Forderung nach Strenge und Lauterkeit verwechselt. Daher trägt denn der einzelwissenschaftlich Geschulte an die Philosophie vielfach ein Bedürfnis nach Definitionen heran, wie sie etwa vor 300 Jahren am Anfang von Spinozas Ethik standen, und ist enttäuscht, wenn sie ihm versagt werden. Ihn bestärken darin Tendenzen des zeitgenössischen Positivismus, welche die wissenschaftliche Verfahrungsweise ungebrochen auf die Philosophie übertragen, während gerade das Verhältnis von Wissenschaft und Philosophie Selbstbesinnung erheischt. Definitionen sind nicht umsonst in „Sachgebieten“ zu Hause. Sie beziehen sich allemal auf ein bereits Konstituiertes, auf den verdinglichten Abguß der lebendig vollzogenen Einsicht, während es an der Philosophie ist, eben den Spielregeln verdinglichten Bewußtseins nicht zu folgen, sondern die geronnenen begrifflichen Formen aufs neue in Fluß zu bringen. Daß das nicht improvisatorische Willkür sanktioniert, vielmehr eine geistige Freiheit meint, welche die Begriffe festhält, ohne sich doch auf sie festnageln zu lassen, ist wohl am schwersten zu lernen: die Einheit von Strenge und Phantasie. Oberste Tugend der Philosophie ist intellektuelle Zivilcourage. Nie darf sie bei einem bereits Etablierten, wie es in den Definitionen sich niederschlägt; Deckung suchen. Der Verzicht darauf mag am Ende sogar mit Definitionen belohnt werden. Aber erst die entfaltete Philosophie bewegt sich der Lehre zu.

7. Die Forderung, etwas vorzugeben und Geduld zu haben, ist nicht bloß für den der Philosophie noch Fremden eine Zumutung, sondern hat in der Tat auch ihren fragwürdigen Aspekt. Sie kann dazu verleiten, die Philosophie selber als Spezialwissenschaft, als Branche zu betreiben und, durch Anerkennung ihres Sonderwesens, des kritischen Impulses, der eigenen Unbeirtheit und Autonomie sich zu entäußern. Hält man sich einem Denkgebilde von der fast unwiderstehlichen Gewalt Hegels gegenüber wirklich daran, daß das Ganze das Wahre sei, und drängt man, um des Ganzen sich zu versichern, die ungezählten Einwände zurück, denen alles Einzelne darin sich aussetzt, so identifiziert man allzu leicht, sobald das Ganze einmal gegenwärtig ist, die Freude darüber mit der Wahrheit. Hegel stellt zunächst vor die Wahl zwischen Selbstpreisgabe und Unverständnis. Mit solchen Aporien fertig zu werden, bedarf es der Geistesgegenwart: man muß ans Ganze und an den Augenblick, an die Präzision der Aussage und ihren Stellenwert in der Konstruktion zugleich den-

ken — ja man muß stets zugleich in der Sache, als ein ihr Hingebener, und außerhalb der Sache, als ein kritisch Distanzierter sein. In diese Maxime läßt sich vielleicht die schockierende These der Hegelschen Phänomenologie, daß die dialektische Bewegung ebenso im Innern des Objekts wie im betrachtenden Bewußtsein stattfindet, übersetzen. Philosophische Bewegung heißt Beweglichkeit: sich nicht dumm machen lassen, sich nicht selbst verdummen. Heute wirkt die Denkkontrolle dahin, daß man mit der Miene der Verantwortung für jeden Satz die Spekulation sich verbietet und an eben der Stelle, an der sie fällig wäre, sich enger und beschränkter macht, als man es irgendwo in der empirischen Existenz wäre. Der philosophische Geist aber möchte, daß man noch in die Besinnung über die scheinbar speziellsten Gegenstände der Logik und Erkenntnistheorie all das an Kraft hineinwirft, was der lebendig Erfahrende jenseits der Arbeitsteilung weiß: in der Fähigkeit dazu beruht der unvergleichliche Rang Hegels wie Nietzsches, und wer sie sich verkümmern läßt, resigniert als Sachverständiger. Auch die philologische Treue bleibt bloßes Surrogat für jene Qualität. Die Frage nach der Wahrheit läßt sich nicht durch hermeneutische Vorbereitungen vertagen, wenn sie nicht vergessen werden soll. Der Philosophierende muß also nicht bloß der Philosophie alles vorgeben, sondern darf ihr doch wieder auch nichts vorgeben. Daß die unbedingte Aufgeschlossenheit des Gedankens mit der unbestechlichen Kraft des Urteils sich paare, schwang mit, als die Philosophen dem Geist die paradoxe Fähigkeit spontaner Rezeptivität zuschrieben.

8. Unausrottbar scheint die Vorstellung, daß, da es nun einmal dem philosophischen Denken an eindeutigem und bündigem Fortschritt mangelt, wie ihn die Naturwissenschaften aufweisen, die Philosophie eine Musterkarte von Systemen präsentiere, deren jedes eine mehr oder minder einstimmige und befriedigende Welterklärung liefere, und aus der man sich das aussuchen könne, was dem eigenen geistigen Naturell am besten zusagt. Diese Vorstellung hat viel Schuld daran, daß die Philosophie zur neutralisierten, unverbindlichen Weltanschauung verkam. Die Spannung von Philosophie und Wissenschaft degeneriert zum Dispens von der Verpflichtung der Erkenntnis auf die Wahrheit; Philosophie soll sich dem je Erkennenden anpassen, der die Freiheit des Gedankens mit der Reservatsphäre unbekümmerten Drauflosdenkens verwechselt. Dies Verhalten der Philosophie gegenüber, das allein es ermöglichte, daß die nationalsozialistischen Pronunciamentos ihre Adepten fanden, ist relativistisch, auch wenn der Inhalt der jeweils bezogenen Standpunktsphilosophie absolutistisch ist. Aus kulturpolitischen Erwägungen für eine Philosophie mit Bindungen optieren, weil es heilsam sei, Bindungen zu haben, verstärkt eben den Subjektivismus, den der Entschlossene zu überwinden sich einbildet. Daß seit Kant, sicherlich seit Hegel, die Philosophen, die es waren, das Standpunktdenken nicht bloß verhöhnt, sondern seiner Beschränktheit und Einseitigkeit überführt, daß sie an der Geschichte der Philosophie die Einheit ihrer die einzelnen Systeme übersteigenden Probleme dargetan haben, prallt ohnmächtig von denen ab, die sich an etwas Handfestes halten wollen und sich nicht glücklich fühlen, wenn sie sich nicht in eine approbierte Schule einreihen können. Die neuerdings verstärkte Neigung zur Subsumtion alles Erscheinenden unter seinen Gattungsbegriff kommt dem entgegen; gern bestimmen sie sich selber als Exponenten einer bereits eingeschliffenen Parole und reden den erschütterten Jargon der Begegnung mit dem Nichts oder dem Sein. Das führt dann zu der im letzten Jahr ad nauseam wiedergekäuten Frage, ob Kant noch zeitgemäß sei, ob er uns, nämlich jenen, noch etwas zu sagen habe, als müßte er sich den intellektuellen Bedürfnissen einer vom Kino und den illustrierten Zeitungen präparierten Menschheit anpassen und als müßte nicht diese vielmehr erst einmal auf die ihnen aufgezwungenen lieben Gewohnheiten verzichten, ehe sie sich anmaßt, die Vitalität dessen zu begutachten, der den Traktat vom ewigen Frieden schrieb. Stets sind sie bereit zur Phrase „von meinem Standpunkt aus“. Indem diese konziliant die Möglichkeit eines anderen zugesteht, arrogiert sie zugleich unverschämt das Recht, jeglichen Unsinn vorzubringen, weil man nun einmal diesen Standpunkt habe und jeder auf dem seinen stehen dürfe: Parodie des liberalen Moments im Denken. Nicht mehr taugt der von

geschäftigen Soziologen aus der Kunstgeschichte importierte Begriff des Denkstils. Er verlegt die geschichtliche Substanz Leibnizens in die angebliche Ähnlichkeit seiner Lehre mit den Allongepertücken und vernachlässigt darüber die Stellung des Gedankens zur Objektivität. Schon in der Kunst betrügt der Begriff des Stils meist über den immanenten Zwang der Sache; in der Philosophie aber kann zwar der sprachliche Stil eines Schriftstellers verraten, was es mit der Wahrheit seiner Lehre auf sich hat, nicht aber sein Denkstil, der vorweg die Wahrheit aufs subjektive Moment des Denkens herunterbringt. Aufgabe der Philosophie ist es, nicht einen Standpunkt einzunehmen, sondern die Standpunkte zu liquidieren.

9. Zur Standpunktsphilosophie gehört das Moment des Ausschließenden. Es steigert sich mit dem Bewußtsein der Zufälligkeit des je eigenen Standpunktes. Dies ist mein Standpunkt, das heißt immer auch: den anderen kann ich nicht tolerieren. Der Geist, der an die eigene Willkür und Zufälligkeit sich zu verlieren fürchtet, spreizt eben darum zur Totalität sich auf. Das greift das Verhältnis zur Philosophie an: der Gedanke, der reich und fruchtbar ist nach dem Maße, in dem er die Kräfte des Widersprechenden in sich selbst aufnimmt, verkümmert zur dürftigen Alternative des Für oder Gegen. Gespannt warten manche Studenten darauf, welche Partei nun der Dozent nimmt, geraten in Bewegung, wenn sie ein affirmatives oder polemisches Wort hören, und ziehen die Position der Reflexion vor. Äußerste Vorsicht ist geraten gegenüber jeglicher Verfälschung der philosophischen Nuance, in der meist das Wichtigste, die spezifische Differenz, sich versteckt. Das überwertige Bedürfnis des Mitschreibens etwa reduziert das Vorgetragene auf Thesen und läßt als schmückendes Beiwerk das weg, worin der Gedanke eigentlich lebt, wofern nicht gar Ranküne gegen Überlegungen sich regt, welche die These

versagen oder aufheben. Dialektik als Philosophenschule, das soll noch erlaubt sein, aber Denken, das im freien Vollzug tatsächlich dialektisch verfährt, wirkt als Irritation, zuweilen schlicht als erschwerend bei der Vorbereitung zum Examen. Aber gerade die Vereidigung auf die These; die Erwartung, daß einem nun bündig gesagt werde, was man zu denken und womöglich zu tun habe, ist das eigentlich Unphilosophische, ja das Geistesfindliche schlechthin. Denn Philosophie beruhigt sich bei keinem Heteronomen. Sie besteht auf der Vermittlung durch den denkenden Geist und akzeptiert nichts als fertiges Resultat. Die fatalste Schwierigkeit, die heute dem Philosophierenden sich entgegenstellt, wird damit umschrieben. Gesellschaftlich vorgezeichnete Veränderungen, die bis in die Anthropologie hinabreichen, erschüttern die Idee der Autonomie in den Menschen selbst; zu schwach, um überhaupt noch Ich zu sein, zu gewitzigt durch die Nachteile der von einem starken Ichbewußtsein Gehinderten, hungrig nach den Prämien, auf die ein schwaches Ich hoffen darf, sind Ungezählte bereit, das Beste zu vergessen, das sie erst zu Subjekten macht, und dem sich zu überantworten, was sich selbst mit Stolz als Ideologie einbekennt. Philosophie ist davor nicht sicher, mag immer ihr Programm aufs Gegenteil hinauslaufen. Stets noch sehen sie viele Arglose als das, wozu man sie in der Zeit der äußersten Erniedrigung degradierte, als Schulungskurs. Denen, die mehr suchen in ihr als Methode und Wissenschaftslogik, bietet sie sich als Religionsersatz an. Keinem der Unschlüssigen, denen eine Epoche keinen Führer mehr gewährt, die gezeigt hat, was es mit den Führern auf sich hat, ist ein Vorwurf aus Not und Bedürfnis ihres Geistes zu machen. Aber wer es mit der Philosophie versucht, muß endlich der autoritären Illusion sich entschlagen, die heute wie die Welt so auch die Gedanken verdunkelt.

☆ ☆

Die Kraft zwischen zwei Welten

Von RAJ KALRA, Indien

In der Politik hat sich heute an die Stelle der alten Vorstellung von der einen Welt — „unser Planet“ — mit der gleichen Selbstverständlichkeit eine neue gesetzt: die zwei Welten, nämlich die der Sowjets und die sogenannte freie Welt. Ich will hier nicht die Frage erörtern, ob es sich nur um zwei oder vielleicht noch um einige Welten mehr handle. Fest steht jedenfalls, daß aus der Spannung zwischen den genannten zwei Welten bereits zwei Kriege entstanden sind, nämlich der koreanische und der indochinesische (Korea als unmittelbares Produkt dieser Spannung und Indochina insofern, als der Krieg allmählich in dieses Spannungsfeld hineingeriet). Auch hat der zweite Weltkrieg damit geendet, daß die eine, die freie Welt an die andere, die sowjetische, zahlreiche Gebiete verlor. In der freien Welt herrscht ein Gefühl von Widerwillen und Furcht vor der Sowjetherrschaft, in der die Wirtschaft ebenso wie die Politik, und natürlich gleichermaßen auch die Entwicklung des sozialen Lebens vom Kreml gesteuert und kontrolliert werden. Dies Gefühl rührt vor allem daher, daß man das sowjetische System für von Grund aus falsch und zum Scheitern verurteilt hält. Aber das ist nicht mehr als ein Gefühl. Die Realität der Konflikte zeigt sich in den kolonialen oder ehemals kolonialen Gebieten, wo der Gegensatz sich in den unmittelbaren Interessen der beiden Machtgruppen äußert. Hier stehen sich gegenüber die westliche Kolonialpolitik, die fortfahren möchte mit der lange geübten Ausbeutung der „unentwickelten Gebiete“ von Asien und Afrika, und die Russen, die die Revolution schüren und die kolonialen Völker auffordern, die Freiheit unter einer kommunistischen Herrschaft zu gewinnen. Es ist nur natürlich, daß eine solche Aufforderung verlockend klingt für alle, die unfrei und unter einer drastischen Ausbeutung, unterernährt und in ungesunden Quartieren leben.

In Europa hatte die Sowjetunion, solange sie noch als der große Alliierte aus dem zweiten Weltkrieg respektiert wurde, Gelegenheit zu mannigfachen politischem Terraingewinn. Das hat aber wiederum zu einem zunächst kaum vorstellbaren Vertrauensschwund auf der Seite ihrer ehemaligen Partner geführt. So gelangte der Gegensatz rasch zu einem Höhepunkt, als 1946 die Sowjetunion nicht zu der Konferenz über die Atomgeheimnisse zwischen den USA, Kanada und England hineingezogen wurde.

Dies war der Anlaß für die Sowjets, alle unter ihrer Kontrolle stehenden Gebiete aus den bestehenden Beziehungen zum Westen herauszulösen und sie vollkommen dagegen abzudichten. Hier möge ein Zitat aus Thukydides längere Ausführungen ersparen:

„Wir wissen einer so gut wie der andere, daß die Frage der Gerechtigkeit beim Austrag von menschlichen Konflikten nur da eine Rolle spielt, wo die beide Parteien von der Not gedrängt werden, und daß der Mächtige immer so viel erreicht, wie in seiner Macht steht, während der Schwache so viel hergibt, wie er muß.“

Die Gültigkeit dieser Feststellung ist jüngst wieder einmal, durch den koreanischen Krieg, demonstriert worden. Er war ein indirekter Versuch, die Überlegenheit der Streitkräfte und der technischen Ausrüstung der einen oder anderen Kampfpartei festzustellen. Man war sich darüber einig, daß dieser Konflikt lokal zu bleiben habe; eines besonderen Abkommens hierzu oder einer förmlichen Verpflichtung bedurfte es nicht. Beide Parteien verzichteten auch darauf, die extremen Kampfmittel einzusetzen. Tatsächlich brandete die Kampffront dreimal nach Westen und Osten, aber in keinem Augenblick ergaben die Umstände keine ehrenvolle Möglichkeit auch nur

Zum Studium der Philosophie

Von TH. W. ADORNO

für die Vereinbarung einer Feuerpause. Denn jedesmal war eine Partei in erklärter Übermacht, so daß die Vorschläge der anderen sie nicht zufriedenstellen konnten, bis schließlich die Armeen auf beiden Seiten begriffen, daß jeder weitere Versuch eines Vordringens so viel bedeutete wie mit dem Kopf gegen eine Wand anrennen. Erst unter dieser Einsicht gelang es, zu einem für beide Teile annehmbaren und ehrenvoll aussehenden Waffenstillstand zu gelangen.

Als direkte Folge der allgemeinen Überzeugung, daß nur das Gleichgewicht oder möglichst die Überlegenheit in der Kriegsmacht einen Angriff der Gegenseite verhindern könne, ergab sich eine Chance der asiatischen Völker, die wußten, daß jede Intervention von seiten der Sowjetunion eine sofortige Gegenaktion der Kolonialgroßmächte hervorgerufen hätte. Praktisch gab es zwischen Kairo und Japan kein Gebiet, das nicht in irgendeiner Form von diesen Mächten kontrolliert gewesen wäre. Es war die rechtzeitige Räumung dieser Gebiete, die den kommunistischen Einfluß als möglichen Bundesgenossen gegen die Kolonialherren außer Funktion setzte und ihm damit praktisch paralysiert hat. Hingegen führte an anderen Stellen, wie in Indonesien, Indochina und Persien die Vorstellung europäischer Mächte, sie könnten ihre Herrschaft noch unbeschränkte Zeit fortsetzen, zu kommunistisch gesteuerten Unruhen. Die frei gewordenen Nationen haben nun beschlossen, keinem der großen politischen Blocks beizutreten und dem Kampf zwischen Ost und West, wenn irgend möglich, fernzubleiben. Zudem ist es für diese Länder ein dringendes Gebot, sobald der Wettlauf um die Übermacht von der einen Partei gewonnen zu werden droht, mit der Gegenpartei gute Beziehungen zu unterhalten oder diese Beziehungen zu verstärken, um auf diese Weise das politische Gleichgewicht erhalten und einen Angriff verhindern zu können. Der eine Verheerung der ganzen Welt zur Folge haben müßte.

Um den Einfluß der neutralen Staaten zu stärken, haben die Colombo-Mächte (Indien, Pakistan, Burma, Ceylon, Indonesien) für den kommenden April zu einer asiatisch-arabisch-afrikanischen Staatenkonferenz eingeladen. Es wird die dritte Konferenz dieser Art seit der Beendigung des Weltkrieges sein. Obwohl schon auf den ersten beiden Zusammenkünften eine weitgehende Verständigung erzielt wurde, zumal über die Haltung, welche diese Länder im Kalten Krieg weiterhin einzunehmen gedenken, hat man von amerikanischer Seite im Rundfunk jetzt wieder geäußert, es werde wohl eine Kinderversammlung (a childish conference) daraus werden.

Indien konzidiert man heute selbst bei den Großmächten das Recht zur eigenen Politik. Sowohl Foster Dulles, der amerikanische Staatssekretär des Äußeren, wie der chinesische Außenminister Tschou En-lai haben in Staatsbesuchen in New Delhi die Entschlossenheit respektiert, mit der Indiens Regierung sich jeder einseitigen Bindung an eine der beiden weltpolitischen Alternativen entzieht.

Europäer, die seit Jahren dem Trommelfeuer der Propaganda für den Anschluß an ein internationales Allianzsystem mit vereinheitlichten Armeen, Waffen und Zentralkommando ausgesetzt sind, werden sich nicht vorstellen können, daß die hier beschriebene Politik nicht alsbald zu einem neuen, dritten Block gewinnen müßte, der dann — wahrscheinlich unter dem Kommando von New Delhi — von den Philippinen bis ins Hochland von Abyssinien reichen würde.

Diese neutralen und unabhängigen Gebiete sind heute einig in der Überzeugung, daß es für sie das beste ist, Distanz zu den beiden Machtzentren zu halten, und daß, im anderen

Falle, der Beitritt von ihnen allen zum einen oder anderen dieser Machtblöcke eine äußerst gefährliche Situation heraufbeschwören müßte und der Zusammenstoß der "zwei Welten" dann nur noch eine Frage kurzer Zeit bliebe.

Die Europäer haben zwei Möglichkeiten, sich aus der Zange der Machtpolitik der großen Bündnissysteme herauszuhalten, indem sie sich entweder einfach neutral verhalten und es den Großmächten überlassen, für den Kriegsfall auf ihre Unterstützung zu hoffen, oder indem sie sich als neutrale Staaten zusammenschließen. Selbstverständlich ist heute eine Isolationspolitik äußerst unpraktisch, aber auf der anderen Seite wäre es sicher nicht falsch, anzunehmen, daß eine solche dritte Gruppe der neutralen und an den Machtbildungen nicht direkt interessierten Staaten als ausgleichende Kraft wirken könnte. Dies wäre zu vergleichen mit dem Phänomen der zwischen drei Planeten wirkenden Kraft, die sie einseitig umeinander drehen läßt, andererseits aber auch in respektvoller Entfernung voneinander hält. Ein solcher status quo wäre natürlich nur eine vorübergehende Lösung.

Wenn dieser Gedanke von einem Teil der Welt aufgegriffen würde, würde sich auch die Frage der Zusammenarbeit und ihrer Organisation von selbst regeln. Es spielt dabei keine Rolle, ob ein Staat, der sich zu dieser Lösung entschließt, ein westlicher oder östlicher ist. Zum erstenmal in der Geschichte des letzten Jahrzehnts geschah es kürzlich, daß ein europäischer Staatschef ein asiatisches Land besuchte, um sich mit den dortigen Politikern zu beraten und Gedanken auszutauschen. Marschall Tito besuchte den indischen Premierminister — beiden gemeinsam ist die Absicht, eine Mittlerrolle zu spielen. In ihrem gemeinsamen Komminiqué wurde betont, daß sie nicht die Absicht haben, ein Bündnis irgendwelcher Art einzugehen oder Blockpolitik zu treiben. Sie stellten fest, daß Blockpolitik für die Menschheit so viel Furcht und Drohung bedeutet, daß sie es für unangebracht hielten, ein Bündnis-system aller neutralen Staaten oder dergleichen zu bilden. Es wurde betont, daß sie jeglichen Einfluß verlieren, wenn sie sich in irgendeiner Weise verbünden, weil dieses Bündnis eine neue Art von Blockpolitik bedeuten würde und die gemeinsamen Entschließungen die eines Blocks und nicht vieler verschiedener Staaten wären. Sie stimmten allerdings in der zu verfolgenden Politik und in dem zu erreichenden Ziel überein.

Die Frage, ob eine solche Politik für die Deutsche Bundesrepublik auch möglich oder nützlich wäre, kann ich hier nicht behandeln, da sie ein Thema für sich ist. Ich würde als Nicht-Europäer wahrscheinlich anders urteilen als deutsche Kommilitonen. Entscheidend dabei ist, wie groß der innere Druck ist, der zu einer Wiedervereinigung der getrennten Teile Deutschlands drängt — wieweit also Deutschland Interesse an einem status quo zwischen den Weltmächten hat, oder wie weit es selbst dringlich an einer Veränderung des status quo zugunsten seiner Wiedervereinigung interessiert ist. Außerdem scheint mir wichtig der Umstand, daß auch Japan, ebenso wie die Bundesrepublik ein Besiegter des Krieges mit beschränkter Souveränität, noch kein Mitglied der Vereinten Nationen ist. Vergessen wir nicht, daß alle die erwähnten neutralen Staaten, im Gegensatz zu den Besiegten Deutschland und Japan, „befreite Völker“ sind, die über diese neue Freiheit besonders eifersüchtig wachen. Es muß einem deutschen Kommilitonen überlassen bleiben, auszuführen, ob das Fehlen einer neutralen Macht in Zentraleuropa auf lange Sicht Kriegsgefahr bedeutet oder ob es hier andere Mittel gibt, zu dem Ziel zu kommen, das sich eine Anzahl asiatischer und afrikanischer Staaten als Neutrale gesetzt haben.

1. Daß der Philosophie Studierende nicht weiß, womit er beginnen soll; daß er keinen geordneten Studienplan vorfindet; daß pädagogische Kategorien wie die von Anfängern und Fortgeschrittenen so wenig zur Orientierung helfen, ist Anzeichen nicht sowohl mangelnder Organisation und Disziplin des Sachgebiets als Ausdruck dessen, daß Philosophie eigentlich gar kein vorgegebenes Sachgebiet kennt, das aufzubereiten und fortschreitend zu kommunizieren wäre. Nicht nur weichen die historisch aufeinanderliegenden und selbst die gleichzeitigen Philosophien derart voneinander ab, daß ihre Präsentation im Lehrsystem unmöglich ist oder auf die dünnste Abstraktion hinausläuft. Sondern die Begriffe selbst, die von der Forderung eines Fortschreitens vom Leichten zum Schwierigen stillschweigend angenommen werden, sind ausnahmslos problematisch: sie unterstehen der philosophischen Kritik. Leichte und schwere Philosophien gibt es überhaupt nicht; dem Ansatz nach leichte, im Vortrag der vertrauten Sprache ähnelnde verbergen zuweilen die äußerste Anstrengung des Gedankens, während umgekehrt gewisse terminologisch verschaltete Texte dem leicht zufallen, der einmal das Prinzip begriffen hat. Darüber hinaus präjudiziert die Vorstellung, es müsse von einem Ersten, einfach Gewissen ausgegangen werden, auf dem alles Weitere durchsichtig sich aufbaue, bereits die Entscheidung von Fragen, die einzig in der Philosophie selbst geschlichtet werden können. Vollends der Begriff der Voraussetzungslosigkeit ist ein Phantasma und von keiner Philosophie je eingelöst. Wer sich mit der Philosophie einläßt, muß selbst die Voraussetzungslosigkeit draußen lassen. Scheinbar einleuchtende Maßstäbe wie Klarheit und Deutlichkeit, Lückenlosigkeit der Beweisführung, Zurückführung des Komplexen auf Elementare, Vollständigkeit und deduktive Geschlossenheit sind nicht umsonst der Niederschlag einer historischen Philosophie, der Cartesianischen Methode. Verläßt man sich blind auf sie, so verbaut man sich bereits die Besinnung über das, worauf es ankäme. Verzicht auf jene Maßstäbe jedoch, die wilde Jagd nach dem Ursprung, verirrt sich erst recht in einer dogmatischen Situation. Alle plausiblen Desiderate, mit denen das unbefangene Bewußtsein in die Philosophie eintritt, gehen davon aus, daß ihr Gegenstand in seiner begrifflichen Ordnung sich erschöpft und daß darum seine Darstellung einer begrifflichen Hierarchie entspricht: eben darüber zu reflektieren ist Sache der Philosophie. Kurz, es geziemt der Philosophie gegenüber nichts anderes als sich ihr zunächst ohne Autoritätsglauben, aber auch ohne ihr durch starre Ansprüche vorauszuweichen, auszuliefern und dabei dennoch des eigenen Gedankens mächtig zu bleiben. Dafür gibt es keine Anweisung, nur allenfalls bescheidene Hinweise.

2. Wer eine Philosophie verstehen will, muß ihr zunächst etwas vorgeben. Bei den Einzelwissenschaften versteht sich das von selbst, unter Philosophie Studierenden neigt gerade der Redliche dazu, diesen Anspruch zu verweigern. Aber es findet sich überhaupt kein Denken, in dem nicht Elemente enthalten wären, die es keineswegs selbst zu begründen oder aufzulösen vermag, oder wenigstens: deren Legitimierung nicht erst am Ganzen und nicht am Eingang geleistet würde; und es ist fragwürdig, ob die Philosophien die wahrsten sind, bei denen die Rechnung am besten aufgeht, die von Widersprüchen freiesten. Konzidiert man Kant nicht zunächst einmal, daß eigentliche Erkenntnis solche gesetzmäßiger Zusammenhänge sei und zum Kriterium Allgemeinheit und Notwendigkeit habe, und weiter, daß die mathematischen Naturwissenschaften solche Erkenntnis tatsächlich enthalten, wird man das System nicht erfassen; aber wer es einmal erfaßt hat, wird auch einsehen, warum der gesetzlichen Allgemeinheit jene zentrale Stelle darin zufällt. Das Studium der Philosophie erfordert also eine besondere Art von Geduld: sie öffnet sich nur einem Verständnis, das nicht in jedem Augenblick alles schon zu verstehen beansprucht.

3. Praktisch heißt das nichts anderes, als daß man am besten einmal einen philosophischen Text sich aussucht, zu

dem man sich hingezogen fühlt, und ihn liest, auch wenn man zunächst darin nicht alles versteht. Manches erklärt sich durch Insistenz. Wo man liebt, versteht man. Intelligenz ist kein abgespaltenes Vermögen der Seele, sondern verflochten mit dem, was einen bewegt, was man will. Die Kraft des Beharrens vor dem Gedanken geht weit hinaus über das, was die sogenannte Bildung beistellt. Wenn der amerikanische Soziologe Veblen auf die Frage, wie er alle möglichen fremden Sprachen erlernt habe, antwortete, er hätte ein jedes Wort solange angeblickt, bis ihm seine Bedeutung aufgeblitzt wäre, so ist das ein Modell philosophischen Verhaltens: durch Versenkung ins Einzelne den ganzen Gedanken zu verstehen und nicht bloß den einzelnen Begriff. Der Anfänger verschanzt seinen Widerstand oft hinter dem Vorwurf der Geheimsprache. Aber die Zahl der Termini, die in der Philosophie gewußt werden müssen, ist bescheiden, über die wichtigsten unterrichtet jedes Wörterbuch, und ihre spezifische Differenz entnimmt man einzig aus dem je zu lesenden Text. Wo aber die Insistenz nicht genügt, soll man lieber weiter lesen: meist erhellt sich das Dunkle dem Zurückblickenden. Überhaupt soll man sich vor statischen Vorstellungen vom Verstehen hüten. Philosophische Texte haben keine dinghaft fixierten Bedeutungen, sondern sind, darin den Kunstwerken ähnlich, Kraftfelder und prinzipiell unerschöpflich; je besser man sie kennt, desto mehr geben sie her, und das wiederholte Lesen ist unabdingbar. Wenn Nietzsche, der sich die klügsten Leser wünschte, zugleich Wert auf solche legte, die des Widerkäuens fähig sind, so ist das nicht einer jener Widersprüche, welche die Pedanterie ihm anzukreiden pflegt, sondern trifft genau die Spannung, in der man Philosophie sich aneignen kann: die zwischen der hellsten Konzentration im Augenblick und der langwierigen und oftmals gar nicht so bewußten Übung.

4. Gar nicht schlimm ist es, wenn man etwas nicht versteht, und keiner braucht sich dessen zu schämen in einer Welt, die von innen und außen die Kräfte der Konzentration einspart und unterhört, auf welche Philosophie, darin ein archaisches Handwerk, nun einmal verwiesen ist. Schlimm aber ist es, wenn man nicht merkt, daß man etwas nicht versteht. Gerade die Philosophie verführt dazu, durch den magischen Effekt der Worte das Verständnis zu ersetzen. Äußerste Wachsamkeit ist geboten: das nicht Verstandene muß man sich notieren, darüber nachdenken, danach fragen, anstatt wolkige Stellen für Offenbarungen des wahren Ideenhimmels zu halten. Gut ist es, dergleichen Passagen einmal ein paar Tage liegen zu lassen, zu vergessen und dann wieder vorzunehmen. Oftmals zog man sie gewaltsam ins eigene Assoziationsfeld und hat sich dadurch dem versperrt, was sie von sich aus sagen, während sie, frisch betrachtet, sich anders und nun durchsichtig erweisen. Bei Kant etwa kommen die Schwierigkeiten zuweilen aus der Architektonik und nicht aus der Sache; davon soll man sich dann nicht terrorisieren lassen, sondern sich an dem großen Gedankengang orientieren. Es gibt in der Philosophie nicht nur die Gefahr des Vagen, Unbestimmten, vom spezifischen Gedanken zu weit Distanzierten, sondern auch eine des Zu-nah. Wer lernen will, indem er die Sache nochmals hervorbringt, muß der Strenge stets ein Moment der Liberalität beigesellen. Denn in der Philosophie ist alles wörtlich und doch nicht ganz wörtlich.

5. Ist es keine Schande, etwas nicht zu verstehen, soll man doch auch nicht stolz sein auf Unverständnis. Der Satz Lichtenbergs, daß, wenn ein Kopf und ein Buch zusammenstoßen und es einen hohlen Klang gibt, nicht immer das Buch die Schuld trage, gilt unverändert, während unterdessen die Neigung sich verbreitet hat, das, was man nicht versteht, für gerichtet zu halten. Kommunikation ist nicht ein Kriterium, sondern ein Thema der Philosophie. Begriffe wie die des Mystischen, der Intuition, der Irrationalität, wofern sie nicht das Unwahre, sondern bloß das Ungewohnte und Anstrebende abwerten, helfen nicht der Vernunft, sondern dem Obskurantismus, auch wenn sie auf ihre unbestechliche Wissenschaftlichkeit pochen.

★ ★ ★

Examensangst, Studienreform und Besoldung der Referendare

Was die Juristen auf ihrer Fachschaftsversammlung am meisten diskutierten, war laut Tagesordnung nicht geplant: Die Examensangst.

Der Dekan, Prof. Claß, befaßte sich in seiner (hier auszugsweise wiedergegebenen) Betrachtung über „Studium und Examen“ vor allem mit diesem aktuellen Problem:

Examensangst? — Zu kostspielig!

... Wenn vor 50 Jahren ein Dekan vor Studenten über das Verhältnis des Studenten zum Examen gesprochen hätte, dann hätte er wahrscheinlich in einigen sehr sanften Tönen die Arbeitsunlust der akademischen Jugend beklagt und eine Aufforderung angebracht, manche von der akademischen Arbeit abziehenden Befähigungen etwas einzuschränken.

Hiervon bin ich heute dispensiert. Ich muß offen erklären: Über Arbeitsunlust besteht keine Klage.

Ich könnte im Gegenteil sagen, daß nicht nur keine Arbeitsunlust, sondern eher eine Arbeitswut herrscht, die alles überschattet. Heute ist das Verhältnis des Studenten zum Examen durch einen besonderen Faktor bestimmt, das ist die übertriebene Angst, die Examensangst, die den Studenten beherrscht. Angst vor einem Examen ist etwas ganz Natürliches. Merkwürdig erscheint mir, daß diese normale Angst heute nicht mehr vorhanden ist, sondern eine übertriebene, geradezu hysterische Angst.

Ich habe einmal einen Roman gelesen, der hieß „Der Mann ohne Eigenschaften“. Der Student aber ist heute nicht ein „Mann ohne Eigenschaften“, der Student ist ein „Mann mit Examensangst“, seine einzige Eigenschaft ist Examensangst.

Ich habe kein Rezept dagegen. So mechanisch dürfen Sie nicht denken. Ich weiß nur ein einziges Mittel: Das ist die menschliche Vernunft. Examensangst ist nicht nur töricht, sie ist schädlich. Examensangst ist etwas, was zu teuer ist. Ich habe es immer wieder beobachtet: Wenn ich in der Prüfung jemand etwas frage, dann möchte ich schwören, er weiß die Antwort, und weiter, daß ich weiß, daß er das weiß, und drittens, er kann die Schublade nicht finden. Er weiß, daß er es weiß und zermartert sein Hirn: „Das weißt Du doch!“ Es ist aber weg. — Ein Mensch, der intellektuell selbstbewußt, der Herr seines Geistes ist, der leidet an dieser Verkümmertung nicht. Es ist klar, daß die Arbeitswut, die hervorgerufen wird von der Examensangst, zu Gedächtnisschwund führt. Sie schädigen sich intellektuell derart selbst, daß ich kaum verstehe, wie man darüber hinwegkommen kann.

Ich bin der letzte, der Sie von den Büchern wegtreiben will. Aber ich bin sehr dafür, Ihnen zu sagen, wie sehr Sie sich selbst um den Nutzen Ihrer Arbeit bringen. Arbeit kann nur Nutzen abwerfen unter entsprechenden Bedingungen.

Leserzuschrift:

Randbemerkungen zur Studienreform

Um die Verwirklichung von Gedanken, die man sich zu einer Studienform einfallen ließ, geht die Diskussion. Die eine Auffassung stützt sich auf das zusehends anschwellende Volumen des wissenschaftlichen Materials, das heute bewältigt werden muß. Deshalb wird angeraten, die vom Staat beanspruchte fachliche Qualifizierung zum Tenor einer künftigen Reform werden zu lassen. Würde man die Verfechter dieser Richtung nach dem Sinn befragen, den dann das Universitätsstudium noch haben soll, inwiefern es sich z. B. dann vom Studium an einer Fachhochschule unterscheidet, müßten sie, wenn sie konsequent weiter dächten, mit jener positivistischen Wissenschaftstheorie antworten, nach der das Ganze des wissenschaftlichen Kosmos von der gründlichen separaten Kenntnis seiner Teile her zu erschließen ist. Vielleicht würden die hartgesottensten Pragmatiker auch noch dieses Intendieren auf das Ganze als eine unnütze, haltlose Spekulation verwerfen.

Die anderen, Theoretiker des Studium Generale, werden bei der Theorie verharren, daß die Erforschung des Ganzen Ausgang und Endzweck wissenschaftlichen Bemühens sei. Sie würden wahrscheinlich einer weiteren Aufgliederung der wichtigsten Fakultäten, etwa der juristischen, wovon in der letzten Nummer der DISKUS die Rede war, nicht ohne weiteres zustimmen.

Den Verfechtern der ersten Richtung würde wahrscheinlich die Mehrzahl derjenigen Studenten zustimmen, welche die Universität als Ausbildung für die Aufgaben in Staat und Wirtschaft ansehen — und das dürften wohl die meisten sein. Diejenigen, die die zweite Theorie für richtig erachten, können für sich zunächst einmal den Vorteil aus den Nachteilen, nämlich den gefährlichen Konsequenzen der von den „Spezialisten“ angestrebten Reform, in Anspruch nehmen; denn die an sich schon unaufhaltsam erscheinende Furchung, die die Wissenschaft in den letzten Jahrhunderten erfuhr, würde durch die Verselbständigung von Teilgebieten der Fakultäten legitimiert werden.

Die Konsequenzen können ungefähr vorausgesehen werden. Setzen sich die Spezialisten durch, dann wird binnen kurzer Zeit das amerikanische Collegesystem, der durch und durch organisierte Forschungsbetrieb, an die Stelle der bisherigen Idee von der zweckgebundenen wissenschaftlichen Erkenntnis treten. Die Beteiligung des Studierenden an der Wissenschaft wird sich im Aufnehmen und möglichst genauen Rekapitulieren dessen erschöpfen, was vom Katheder gelehrt und in den Repetitorien durchexerziert wird. Man wird entgegennehmen, daß es so bereits sei, daß es deshalb notwendig sei, der Sachlage angemessen zu reformieren, daß daraus noch längst keine Stimmung à la „1984“ zu entstehen brauche, daß wir nüchtern gesehen, gar keine andere Wahl mehr hätten.

Dennoch ist diese Konsequenz gefährlich. Nicht genug damit, daß der Studierende heute das Studium als Brotstudium betreiben muß, nicht genug damit, daß ein Widerspruch besteht zwischen den ökonomischen Mitteln, die ihm, auf Grund eigener Arbeit, zur Verfügung stehen, und dem Anspruch, den eine wissenschaftliche Arbeit an die geistigen Kräfte eines Menschen stellt, bedeutet der Verlust des Impulses auf das Ganze hin das Heraufkommen eines „intellektuellen Ressentiments“, das immer weiter um sich greift.

Ich sehe ein, daß Universitätsreformen von Zeit zu Zeit notwendig sind. Damit allein ist aber der Wissenschaft nicht gedient. Ehe man reformiert, sollten Professoren und Studenten ihre Einstellung zur menschlichen Erkenntnis überprüfen und vielleicht verändern. Denn die gekonnte Handhabung des Materials wird zunehmend mit seelischer Ausdünnung bezahlt, die dort, wo sie perfekt wird, die intelligiblen Fähigkeiten versickern läßt. Wir bedürfen der Leidenschaft zum Erkennen gegenwärtig mindestens ebensowohl, wie einer neuen Reform der Wissensvermittlung.

J. Schuering

Examensangst ist aber nicht nur in intellektueller, sondern auch in moralischer Hinsicht viel zu teuer. Wenn ein Mensch einmal Angst gehabt hat in seinem Leben, dann ist das eine Einbuße. Diese Einbuße kann er zu überwinden trachten auf einem schlechten Weg, indem er versucht, sie zu vergessen; er kann sie auch überwinden auf einem guten Weg, indem er sich daran erinnert und moralisch über diese Einbuße allmählich hinwegkommt. Jeder erfährt Dinge, vor denen er nicht recht bestehen kann, deren er sich schämt. Aber er muß sich damit konfrontieren und sie dann überwinden. Wenn die Angst aber ein Übermaß erreicht hat, dann werden Sie sie nie mehr überwinden können, und dann wird die Angst zu teuer. Das ist wichtig, denn sie werden über noch mehr hinwegkommen müssen im Leben als über ein Examen. Wenn Angst, moralisches und intellektuelles Versagen einmal so groß sind, dann wird es ein Charakterzustand. Dann entläßt die Universität Leute, die mechanisch noch so brauchbar sein mögen, aber nicht das sind, was wir von Juristen erwarten. Wenn Sie eine Last mit sich nehmen, die so groß ist, daß Sie sie nicht mehr überwinden können, dann haben Sie Ihre Studienzeiten umsonst verbracht...“

Die durch diese Betrachtung eingeleitete Diskussion beschäftigte sich zunächst mit den möglichen Ursachen der Examensangst, dem Kontakt zwischen Professoren und Studenten und schließlich mit der Frage, ob die Methode der Universität denn noch genüge, um den Studenten das nahe zu bringen, was der Staat später von ihnen verlange. Mit der Feststellung, die systematische Vorlesung sei unentbehrlich und auch zweckmäßig, weil ein systematisches Recht nur an Hand der allein in der Vorlesung aufzuweisenden Architektur des Rechtsstoffes gelehrt und verstanden werden könne, war die Antwort gefunden. — Eine Diskrepanz zwischen Methode und Anforderung sei auch nicht unbedingt der Methode zur Last zu legen, wurde ergänzend bemerkt, und damit kam man zum nächsten Punkt der Tagesordnung, zur Studienreform.

Spezialisierung nicht erwünscht

Senatspräsident Kosterlitz vertrat das Juristische Prüfungsamt. Er warnte vor der allzu frühzeitigen Spezialisierung, die eine Reform nach den Vorschlägen der juristischen Fakultät (siehe Januar-DISKUS Seite 1 und 2) zur Folge haben könnte. Da die Ausbildung der Referendare einheitlich sei und eine Änderung nach den Erfahrungen mit der früher in Preußen erprobten Zweispurigkeit (Gerichtsreferendare und Regierungsreferendare) kaum erstrebenswert erschiene, sei schon deshalb eine auf der Universität, also vor dem Vorbereitungsdienst erfolgende Spezialisierung wenig ratsam.

Gegen diese Auffassung wandte sich Prof. Schiedermaier. So sei der Reformvorschlag der Fakultät nicht aufzufassen. Man wolle nicht „spezialisieren“, sondern den Prüfungsstoff auf die Kernfächer beschränken und gerade dadurch einer schädlichen Spezialisierung vorbeugen. Eine Beschränkung des Prüfungsstoffes sei aber nur möglich, wenn man den Kandidaten die Wahl zwischen bestimmten Nebenfächern offen lasse. Also: Jeder wird in den Hauptfächern geprüft, aber nur in den Nebenfächern, die er selbst vorschlägt. Das kann ohne Änderung der bestehenden Prüfungsordnungen ermöglicht werden; denn:

„Wie Sie sich heute die Hausarbeit wählen, genau so wählen Sie sich nach unseren Vorschlägen im Prinzip die Zusammen-

Die FDP unterstützt die Referendare

Maßgebliche Abgeordnete der FDP haben in diesen Tagen einen Antrag im Landtag eingebracht, nach dem die Landesregierung um Besoldung der Gerichtsreferendare und Assistenzärzte ersucht werden soll. Wir veröffentlichen hier ein an den DISKUS gerichtetes Schreiben des Abgeordneten Dr. Dörinkel.

„Von befreundeter Seite erhalte ich die Januar-Nummer des „DISKUS“ mit der sehr instruktiven Darstellung „Unsitliches Staatsmonopol in Hessen“ von Alexander Böhm.

Ich habe die Frage der Besoldung der Referendare sogleich innerhalb meiner Fraktion zur Sprache gebracht und konnte erfreulicherweise feststellen, daß mein Fraktionskollege Mischnick in seiner Eigenschaft als Bundesvorsitzender der Deutschen Jungdemokraten (Jugendorganisation der FDP) bereits mit der Vorbereitung eines Antrages für eine Neuordnung der Bezüge der Referendare und Assistenzärzte beschäftigt war.

Wir haben den Antrag dann in folgender Form eingebracht: „Der Landtag wolle beschließen:

Die Landesregierung zu ersuchen, im Haushaltsplan für das Jahr 1955/56 genügend Mittel bereitzustellen, um allen Gerichtsreferendaren sowie allen Assistenzärzten unter Wegfall der bisherigen Bedürftigkeitsbestimmungen einen festen Unterhaltsbeitrag in Höhe von DM 200,— für Ledige und DM 320,— für Verheiratete zahlen zu können.“

Wir hoffen, daß dieser Antrag, der die Unterschriften der FDP-Abgeordneten Mischnick, Dr. h. c. Schröder, Dr. Keilmann, Dr. Dörinkel und Dr. Schneider, Kassel, trägt, vom Landtag angenommen und daß damit die Angelegenheit eine befriedigende Lösung finden wird. Dr. W. Dörinkel, Rechtsanwalt“.

Pressemitteilungen zum Wehrdienstfragebogen

Liberaler Studentenbund Deutschlands

Der Bundesvorsitzende des Liberalen Studentensbundes Deutschlands (LSD), Hans-Dieter Wendt, nahm zu der „Wehrgesetzbefragung“ der Verbandes Deutscher Studentenschaften am 26. Januar 1955 in der Bundespressekonferenz in Bonn wie folgt Stellung:

1. „Der LSD bejaht nach wie vor die Wiederbewaffnung der Bundesrepublik auf dem in den Pariser Verträgen vorgesehenen Wege. Der LSD ist gleichzeitig davon überzeugt, daß der mit der Wiederbewaffnung erstrebte politische Effekt weitgehend von der Art seiner Verwirklichung abhängt und daher die Frage des „WIE“ auch für die Studentenschaft eine erhebliche Bedeutung hat.
2. Der LSD ist daher der Meinung, daß der Verband Deutscher Studentenschaften durchaus berechtigt war, eine Fragebogenaktion zu starten, deren Schwerpunkt auf

setzung der Kommission für die mündliche Prüfung, und damit ist schon viel gewonnen.“

Die spätere Laufbahn als Jurist ist auch jetzt nicht davon abhängig, in welchen Fächern im Referendarexamen geprüft wurde. Warum soll sich das ändern, wenn nicht mehr der Zufall, sondern der Wunsch der Kandidaten das Prüfungskollegium zusammenbringt?

Ausbau der Übungen

Prof. Schiedermaier kündigte an, er wolle im kommenden Semester versuchen, seine „Übung für Fortgeschrittene“ neu zu gestalten. Die eigentliche Übung soll durch Arbeitsgemeinschaften ergänzt werden, die aus durchschnittlich 25 Studenten und einem befähigten Assistenten gebildet werden sollen. So hätten einmal die Assistenten Gelegenheit, sich im Dozieren zu üben, und die Studenten kämen öfter zu Wort als in den zu stark besuchten Übungen.

Das Prüfungsamt hat keine Bedenken

Das juristische Prüfungsamt ist, wie Senatspräsident Kosterlitz abschließend bemerkte, durchaus an einer Beschränkung des Prüfungsstoffes interessiert. Er freue sich deshalb, daß seine ursprünglichen Bedenken gegen den Reformvorschlag der Fakultät auf einem Mißverständnis beruht hätten. — Die Änderungsvorschläge sollen in einer aus Professoren und Vertretern des Prüfungsamtes gebildeten Arbeitsgemeinschaft weiter erörtert und dann dem Ministerium unterbreitet werden.

Erste Erfolge der Protestaktion

Der Fachschaftsvorsitzende berichtete über die ersten Erfolge, die die Besuche bei den Landtagsabgeordneten gehabt hätten: Verschiedene Abgeordnete haben bereits zugesagt, den Anspruch der Gerichtsreferendare auf angemessene Bezahlung zu unterstützen. Auch Kultusminister Arno Hennig hat die Juristen seiner Unterstützung versichert. Das Justizministerium verhält sich noch abwartend. Das Finanzministerium hat sich noch nicht geäußert; es wird ohnehin in diesem Fall nur auf Antrag des Justizministeriums tätig. Bisher ist man auf folgende Argumente gegen eine Bezahlung der Referendare gestoßen:

1. Referendare leisten keine Arbeit. Sie sollen auch keine leisten, sondern nur lernen. Wo sie dennoch zur Arbeit herangezogen werden, sollen sie sich dagegen beschweren. Bezahlung kommt deshalb nicht in Frage, sondern höchstens die Gewährung eines Unterhaltszuschusses ohne Rechtsanspruch.
2. Die finanzielle Belastung für den Staat ist schon deshalb zu hoch, weil über 40 % der Referendare verheiratet sind. Früher aber hätten Akademiker allgemein erst mit 30 Jahren geheiratet.
3. Man kann den Arbeitern, die als Abgeordnete im Parlament sitzen, nicht zumuten, pro Referendar 200 DM im Monat zu bewilligen, während ihre eigenen Kinder, sofern sie in einer Lehre stehen, entweder gar nichts oder viel weniger bekommen. Die Fachschaft beschloß, die Besuchsaktion weiter auszubauen. Der Vorstand wurde beauftragt, mit den Fraktionsvorsitzenden der Parteien Verbindung aufzunehmen. An alle Kommilitonen erging die Aufforderung, sich an der Aktion zu beteiligen. Damit bei den Abgeordneten kein Widerspruchsvoller Eindruck erweckt wird, sollen alle, die einen Abgeordneten aufsuchen, dabei die im Januar-DISKUS auf Seite 2 abgedruckten Argumente benutzen. U. K.

dem „WIE“ des Wehrbeitrages lag. Der LSD war bereit, die Frage des „OB“ als Hilfsfrage zu tolerieren, obwohl gegen die Formulierung Bedenken bestanden.

3. Der LSD sieht sich jedoch auch unabhängig von der gegenwärtigen politischen Situation nicht in der Lage, ein mit der Fragebogenaktion verbundenes Aktionsprogramm des VDS zu unterstützen, das Massenversammlungen an den Universitäten vorsieht. Die parteipolitische Neutralität des VDS und der Hochschulen und Universitäten würde durch eine solche Aktion ernsthaft in Frage gestellt.
4. Der LSD bedauert, daß die politisch unglückliche Art der Behandlung der Fragebogenaktion durch den VDS und die Einschaltung des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung aus einer internen Frage der Studentenschaft ein Politikum haben werden lassen.

Der LDS kann daher die gegenwärtige Aktion in dieser Form nicht mehr unterstützen. ist jedoch bereit, an einem neuen Versuch zur Klärung des „WIE“ eines Wehrbeitrages mitzuwirken und seine Erfahrungen zur Verfügung zu stellen.

Wir weisen nochmals hin auf die von den Mitgliederverbänden des „Ringes politischer und freier Studentenverbände“ gemeinsam erarbeiteten Vorschläge zur Gestaltung einer deutschen Wehrverfassung.

In Frankfurt nur vorläufig gestoppt

Entgegen anderslautenden Pressemeldungen kann von einer Aussetzung der vom Verband der Deutschen Studentenschaften geplanten Wehrbefragung keine Rede sein. Wie der Allgemeine Studentenausschuß der Frankfurter Universität am Mittwoch bekannt gab, hat der Vorstand des Verbandes Deutscher Studentenschaften lediglich den Versand der Fragebogen an die einzelnen Universitäten bis zu einer am 9. Februar in Freiburg stattfindenden Delegiertenkonferenz gestoppt. Der erste Vorsitzende des Verbandes, Marx, erklärte am Montag in Frankfurt, daß man in dieser Maßnahme nicht einen Verzicht auf die Fragebogenaktion überhaupt sehen könne.

Die Delegiertenkonferenz in Freiburg, auf der Vertreter aller Astas Westdeutschlands und Westberlins teilnehmen, wird einen endgültigen Beschluß über die Fragebogenaktion und über die in dem Fragebogen enthaltenen Fragen fassen.

Das Studentenparlament der Universität Frankfurt wird sich am Mittwochabend mit dieser Frage befassen und eine Stellungnahme zu diesem Problem ausarbeiten.

Anschließend freie Diskussion

Auf allerhöchst gütigen Befehl trugen eifrige Menschenkinder, darunter blasse Mädchen und Brillenträger, Hocker oder Blumenbänke in den Saal. Bereits fünfzehn Minuten vor Beginn der Versammlung wurden Notsitze auf der Warmwasserheizung versteigert. Ventilatoren peitschten das Exsudat feuchter Regenmäntel durch die Plexifächer, und auf dem Podium rieb sich der Präsident die Hände.

Waren doch viele dem Rufe gefolgt!

Himbeerrote Transparente kündeten mit berechtigtem Stolz den FESTEN WILLEN ALLER, auch lockten freie Aussprache und das gewaltige, das unerhörte Thema.

Die Sitzordnung war streng aber gerecht: zwanzig Reihen Ehre, eine Reihe Presse, Funk und Sonstige, für werdende Mütter stand eine Kabine unter dem Schutz des Roten Kreuzes.

Samtene Jünglinge trugen weiße Armbinden und eine Miene herber Unentbehrlichkeit — nicht zu Unrecht, denn schon jetzt drohte die Spannung den Raum zu sprengen. Kühn, ja heldisch blickten die selbstlosen Ordner über Zuschauergruppen, die allzudeutlich ihre geistigen Pässe demonstrierten.

Nicht etwa die Ehrengäste. Dort saß keine Gefahr. Manschetten und Dekolletés waren Zeugnis überwindener Pubertät, auch hatte das Präsidium in mehrstündigem Plauder-tee bestimmt, wes Ehre Platz nehmen konnte. Die Nummerierung unsicherer doch leider ehrenhafter Elemente war Geheimdiplomatie höchsten Ranges gewesen. Schon parlierte Miss Gladstone in leicht quarkigem Französisch über rotchinesisches Piratentum und die entzückende H-Linie, Abbé Grantpaire zu ihrer Linken streifte Ausschnitt und politische Lage mit weltmännisch reserviertem Blick und fand Mademoiselles Accent bemerkenswert. Der Intendant des Mittelfränkischen Rundfunks schlummerte bereits und Frau Kurator in der Neunten nahm Pralinen.



Unglücklicherweise hatte Herr Lenz seine Genossen direkt hinter die Ehrenschneise placiert. Der samtene Ordnungssinn richtete sich nach allerhöchst gütigem Befehl mit letzten Kräften

auf diesen hochverräterischen Rammbock Öffentliche Meinung.

Hinter Herrn Lenz und seinen Lodenmänteln gestikulierten nichtssagende Plebs mit Seminarallüren und Kollegmappen und plauderte über Zimmerpreise oder Walter von der Vogelweide. Zu ihrer Seite gähnten zwei ordnende Samträger, hier saß keine Gefahr.

Weiter rechts prangten stumm aber Gott Lob! gesittet von Wehrhahns Kameraden in untadeligem Haarschnitt, kaum preßte ihr hohles Kreuz die dekadente Lehne. Offensichtlich galt von Wehrhahns Kampfpapare: auch heute die Verbindung zu schlagen ins bessere Morgen. Dort ballte sich schwarzer Samt, wetteifernd in freudiger Disziplin.

Unfaßbar, ekelhaft klebrig aber streunten Alphonse Zwergels langhaarige Junger, Freibeuter der Bibliotheken, zwölfsemestrige Schmarotzer am Mensatisch, die eher den Tod als ein Examen überstanden und ihr geistiges Vakuum in subventionierten Studios verqualmten. Hefe der Gesellschaft, trieben sie auf Warmwasserröhren entlang den Wänden, überall und nirgends. Ihre ungepflegten Künstlerfinger umfaßten langhosiige Mädchen, allseitig hingen Baskenmützen auf seriösen Stilleben heimattreuer Künstler, der Präsident sah es mit schmerzlichen Erbleichen. Aus zerfransten Rocktaschen quollen Urmanuskripte, man kicherte, warf brennende Kippen in Kakteenschalen und erwartete spöttisch gelangweilt das gewaltige, das unerhörte Thema. Selbst samtene Dauerpatrouillen, auf allerhöchst gütigen Befehl eingesetzt, waren machtlos gegen so viel moralische Indifferenz, doch versprachen die verwirrend hübschen Mädchen einige Humanitas.

Die Saalwände schwitzten, eine altdeutsche Uhr zeigte das akademische Cum: in weltlicher Strenge schlossen Samtdiener die menschverstopften Türen, der Präsident schwang die Glocke, sein erhabenes Berufslächeln verschönte Doppeln und Adlernase, dann erhob er sich zum Referat, Frau Kurator in der Neunten saß pralinenlos gespannt.

Ein spitzer Schrei aus zwanzig Ehrenreihen!

Herr Lenz stand auf, sein weinfrohes Fettgesicht strahlte in gerechtem Zorn, schon wippte der schwere Körper in bravoureuser Flanke auf die Ehrenschneise, die Prominenz zog ihre Köpfe in den Nacken, der Lodenmantel wurde zum Fanal, der Intendant erwachte. Keuchend stand Herr Lenz am Podium, die samtene Leibgarde wich in irdischer Gebundenheit zurück.

Zur Geschäftsordnung!

Der Öffentliche Atem stockte. — Mit erhabenem Berufslächeln bot der Präsident das Rednerpult. Keiner kannte die

Geschäftsordnung, doch war man einig, sie zu wahren, und Herr Lenz donnerte in den verschwitzten Saal:

Man kenne die Methoden, jawohl!

Er kannte sie über zehn Minuten und erhitzte sich für eine bessere Zukunft. Da beugte sich der Präsident zu einem scheuen Brillenträger und lächelte in dessen Ohr. Der eilte zu den Türen: knallend sprangen sie nach innen, und unter Lachen und Hallo schob sich die überraschte Menge in den Saal, der Tumult schlug an das Podium, und Herr Lenz sprach lauter zur Geschäftsordnung. Soeben bei der These, daß sich Gesellschaft und ergo auch der Abend selbst verwirklichten, man eo ipso besser gleich nach Hause ging, verwirrte sich Herr Lenz und forderte die Unterstützung der Wau-Wau-Patrioten, ein gutes Mensaessen, auch sei der Fahrstuhl offensichtlich für bestimmte Klassen reserviert. Er, Lenz, er nenne keine Namen, er spreche zur Geschäftsordnung.

Hier irrte Lenz: er schrie! Wild gestikulierend, das gütige Gesicht verzerrt, sein Atem machtlos gegen das Gebrüll im Kampf um einen Stehplatz auf der Heizung.

Dann brach er ab. Erschöpft irrte sein Blick über das Chaos unter ihm, verzweifelt faßte er des Präsidenten Silberglocke und himmelte.

Das war das Ende der Geschäftsordnung. Sans doute und ohne Zweifel ein Verstoß — lächelnd erklärte es der Präsident dem starren Plenum und seinem jungen Freund, Herrn Lenz. Dann gab er ihm die Hand, und sich entschuldigend für diese unumgängliche Zurechtweisung bat er laut schmeichelnd um die erhabene Ehre, Herrn Lenz an seinen Präsidententisch zu führen. Herr Lenz war machtlos, nickte stumm, verschluckte sich und saß auf rotem Plüsch bei schwarzem Samt.

Das Referat begann. Weich, ölig, leise singend, ein scharfer Geist in wattiger Phonetik, sprach Präsident Prälat und Doktor Doktor h. c. Silbernagel gewaltig unerhört zum Thema:

IST DAS GUTE NOCH GUT?

Das, meine Freunde, fragen wir uns mit erregtem Herzen. Gewiß und ohne Zweifel ist das Gute in sich gut, heute wie gestern und morgen, doch, meine Freunde, wo ist das Gute immerdar?!

Laut rief es der wuchtige Prälat und blitzte über seinen Zwicker. Frau Kurator ließ eine Praline fallen und Alphonse Zwergel nahm die Hand von seiner langbehosten Dame. Wo war das Gute? Der Saal war gierig es zu hören.

Nun — in Gefahr! Das Gute in Gefahr.

Prälat und Doktor Doktor Doktor h. c. Silbernagel bewies es durch zwanzig Seiten Manuskript, in leise singender Durchgesittung. Falls die verehrten Herrschaften und seine jungen Freunde nachvollziehen wollten, gehe er der kardinalen Lebensfrage in drei grundsätzlichen Wissenschaftsmethoden an den Leib:

Erstens: Allgemein historisch — soziologisch.

Zweitens: Generell soziologisch — historisch.

Und Drittens: Zusammenfassend a) historisch und b) soziologisch.

Eine Welle ehrfürchtiger Angst kroch durch den Saal, die Plebs mit Seminarallüren kurbelte am Kugelschreiber, von Wehrhahns Kameraden sanken leicht zur Lehne, und Alphonse Zwergel auf der Heizung nahm die Hand um seine langbehoste Freundin, der Intendant sank in sein bestes Diesseits und Frau Kurator in der Neunten fischte mit krokodilbeschupptem Absatz die Praline.

Knappe zwei Stunden forschte Prälat und Doktor Doktor Doktor h. c. Silbernagel mit Hilfe seines Zwickers. Habilitationserkenntnisse des in sich Guten beleuchteten die zweite Zwischeneiszeit, vor allem soziologisch, doch kulminierte sein wattierter Geist bei aMrtin Luthers Tintenfaß, berührte flüchtig das Bordell, Gewerkschaft und 3D-Film, dann kam der schwitzende Prälat zum Ende.

Das Gute, rief er, meine Freunde, quod spielend erat demonstrandum, das Gute in Gefahr, doch evident und sine dubio im Immanenten existent!!

Der Beifall war gewaltig. Der Intendant erhob sich sehr verwirrt, bemerkte, daß er wachte und schüttelte dem Präsident die Hand.

Das war gewaltig, sagte er.

Ich danke, sprach der Präsident.

Sie klopfen wechselseitig die wattierten Schultern und nahmen Platz. Ein Murmeln der Erwartung war im Raum. Ventilatoren schlugen monoton die Manteldünste, Miss Gladstone quarkte Sinniges zum Schutz Formosas als dem in sich Gutem, Abbé Grantpaire fand ihre These remarquable.

Herr Lenz erhob sich rasch und stand am Pult — da piffen zwei Genossen von der Ehrenschneise, und er nahm Platz und sah auf seine Stiefelspitzen unter rotem Plüsch.

Anschließend freie Diskussion! rief eine fromme Stimme, schon stand das blasse Mädchen am Katheder.

Unerhört, ja überaus gewaltig sei des hochverehrten Referenten Axiom, und kein Mensch guten Willens —

Hier lachte Alphonse Zwergel schauerlich und fand kein Ende.

Jawohl dort hinten: guten Willens! könne sich dem Wort des Aristoteles verschließen: mä agathon, das heißt, sie wolle gleich, am besten deutsch, in etwa irgendwie: Nicht sein kann was nicht sein darf!

Hier wurde Beifall zum Orkan, Ventilatoren hatten Mühe ihn zu fressen. Die junge Dame glühte, ihr keuscher Charme bezwang die samtene Elite, die Plebs und auch den routinierten Senderboss, man klatschte laut, man trampelte, akkreditierte Presse stand im Ledermantel um das Podium und Leica-Blitze sicherten Unsterblichkeit.

Kurz wolle sie das ganze Problem in etwa und auch irgendwie umreißen, Problem, das wahrhaft faustisch sei, denn involviere auch das in sich Gute ein an sich Böses, wie dieses Lachen dort beweise —

Gestatten, ganz unsre Ansicht, gnädiges Fräulein!

Hoch reckte sich von Wehrhahns korrekt beschnittener Schädel gegen Zwergels Heiztribüne:

Dieser — er überwinde sich, das große Wort zu nennen — Kommilitone dort, dessen einziges, recht dubioses Meritum darin bestehe, sich Alphonse zu nennen, da er sein Studio mit französischen Filmen verfremde, dieser Herr habe kein Recht, jawohl! Und was seine, Wehrhahns und der Kameraden Ansicht auch sein möge — und man habe Ansichten! — die Form werde gewahrt. Gut bleibe gut, darin sei man sich hoffentlich im Klaren durchs deutsche Vaterland, vor allem einer Dame gegenüber.

Sprachs. Auf einen Wink erhob sich seine Mannschaft, verbeugte sich, wenn auch gedämpft vor Präsident und Fahne, und ging.

Das Gute nahm sie mit, und auch das Prädikat der Dame — die schwieg, verwirrte in etwa in Präfixen und weinte. Der Intendant bot ihr sein Taschentuch mit Monogramm (und später seinen an sich und auch in sich guten Wagen).

Der Präsident nahm seine Silberglocke:

In Anbetracht der vorgerückten Stunde!

Er lächelte gewinnend, dankte den Ehrenplätzen und auch dem Volk:

Wahrhaftig! Humanitas, Paulskirchenluft und echte Meinungsbildung für die reife Jugend, er danke, danke allerseits und preise diesen Tag.

Samt bildete Spalier. Präsident Prälat und Doktor Doktor Doktor h. c. Silbernagel durchschritt den Saal.

Herr Präsident!

Herr Alphonse Zwergel sprang von seiner warmen Röhre, der Aussatz fiel vom Himmel, der Samt wich an die Wand. Zum Guten eine Frage! Nur diese eine Frage, Herr Präsident!

Die Presse zuckte Leicas und witterte sechsspaltigen Skandal.

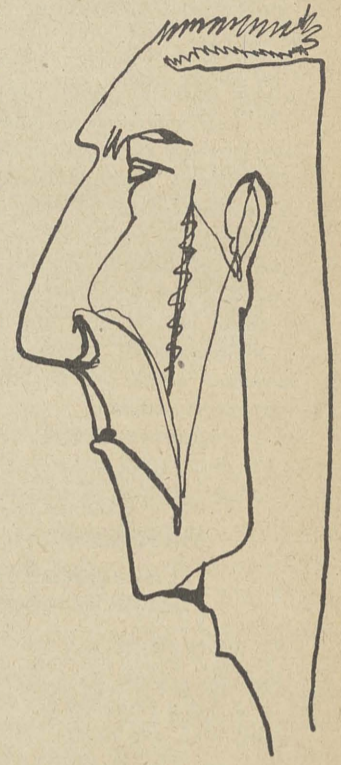
Doch Präsident Prälat und Doktor Doktor Doktor h. c. Silbernagel fuhr mit der Hand in schmerzlich schwacher Pose an die Schläfe und lächelte verbindlich singend:

Mein lieber junger Freund! Wäre es eine unzumutbare Bitte, mich alten Mann ein wenig zu begleiten?!

Und zärtlich faßte er die ungepflegte Hand.

Drei Stunden später traf Alphonse Zwergel seinen Feind, Herrn Lenz vor einer letzten Flasche Bier. Er bot ihm Zigaretten, dann sprachen beide über Emmy, eine Kellnerin, doch mit Format.

Klaus Nonnemann



Zehn Jahre danach

Eine Aktion, die man bedingungslos oder nur mit Vorbehalt bei offiziellen Anlässen „bejaht“, mit der man aber sonst nichts anzufangen weiß, das ist „der 20. Juli“ heute. Und da von einer deutschen Widerstandsbewegung gemeinhin nicht mehr bekannt ist, als daß sie jenes operettenhaft-dilettantische Attentat auf Hitler inszenierte, wird sie ohne weiteres Bedenken zugleich mit abgetan.

Soll die Erinnerung an den 20. Juli und den Widerstand deutscher Menschen gegen Hitler nicht gedankenlos gebrauchtes Requisit routinemäßiger Festreden bleiben, dann muß zunächst zwar historische Klarheit geschaffen, darüber hinaus aber auch eine politische Auseinandersetzung mit den damaligen Ereignissen begonnen werden. Das hat auch der Autor des bisher umfassendsten Werkes über den deutschen Widerstand gegen Hitler, Prof. Ritter aus Freiburg, als Anlaß zu seiner Untersuchung genommen, denn er sei, so schreibt er im Vorwort^{*)}, den an ihn herangetragenen Anregungen, die Biographie seines Freundes Carl Goerdeler zu schreiben, deshalb gefolgt, weil er die Lösung dieser Aufgabe für politisch notwendig hielt.

Goerdeler hat sich zwar in der Frage, wie Hitler beseitigt werden könnte, bis zuletzt nicht entschließen können, die einzig durchführbare Lösung, nämlich Hitler zu ermorden, gutzuheißen (er wollte Hitler festnehmen und von einem Gericht wegen Mordes aburteilen lassen!); aber er war einer der wenigen im Verschwörerkreis, die konkrete über die Ermordung Hitlers und die höchst nebelhafte Errichtung eines „Rechtsstaates“ hinausgehende politische Pläne hatten.

Goerdeler wurde vor 10 Jahren, am 2. Februar 1955, in Plötzensee hingerichtet.

Seine wichtigsten Denkschriften hat Ritter in einem Anhang der Biographie gesammelt. Wir können deshalb Goerdeler selbst das Wort überlassen:

FRIEDENSPLAN GOERDELEERS

(vermutlich aus dem Herbst 1943
und für britische Leser bestimmt)

„Wir gehen davon aus daß

1. Deutschland um des deutschen Volkes, der Völker Europas und des Friedens der Welt willen moralisch und materiell stark sein muß.
2. Daß zwischen England und Rußland Interessengegensätze von Ostasien bis zum Mittelmeer, vom Mittelmeer bis zum Nordatlantik bestehen, die in der Natur der Verhältnisse begründet sind;

Leserzusehrift:

Der Universitätsneubau findet nicht statt

Immer, wenn ich zur Universität komme, ärgere ich mich über das Haus, das an der Mündung der Gräfstraße zur Bockenheimer Warte errichtet wird. Es ist der Wiederaufbau einer Gastwirtschaft. Ich habe nicht gegen Gastwirte, aber ich halte es nicht für richtig, daß Häuser jetzt gebaut werden, die in einigen Jahren dann wieder abgerissen werden müssen. Schon vor zwei Jahren haben Sie im DISKUS einen Plan über die künftige Gestaltung der Universitäten veröffentlicht. Danach war das ganze Gelände bis zur Bockenheimer Warte „Interessengebiet“ der Universität; die Akademie der Arbeit, ein Studentenwohnheim und ein Universitätsparkplatz (damit Autos und Motorräder künftig nicht mehr vor dem Hörsaalstern abgestellt und angelassen werden!) sollten sich bis zur Bockenheimer Warte erstrecken. Ist der Plan aufgegeben, weil jetzt eine andere Bebauung dieses „Interessengebietes“ zugelassen wird? Es scheint nicht so, denn dicht hinter der Gastwirtschaft ist bereits mit der Errichtung der Akademie der Arbeit begonnen. Die Universität muß also spätestens in einigen Jahren durchsetzen, daß die Gastwirtschaft von der Ecke entfernt wird. Stadt und Staat werden dafür eine Summe aufwenden müssen, für die ein Institut hätte gebaut werden können. Man könnte sich damit abfinden, denn schließlich muß jeder den Schaden, der aus seinen Fehldispositionen erwächst, selbst tragen. Hier aber werden die aus der Unfähigkeit der Bauämter erwachsenen Kosten über die Steuer von der Allgemeinheit, also auch von dem betroffenen Gastwirt, getragen werden müssen. Muß man sich so etwas gefallen lassen? M. Sabotka

Falsch informiert

Sie veröffentlichen in Ihrer Januarnummer einen Leitartikel „Subvention schafft Verantwortung“, der sich u. a. mit der Verbindung zwischen dem Landesverband Bayern des VDS und dem AGSF befaßt.

Zu meinem großen Bedauern muß ich Sie davon in Kenntnis setzen, daß Sie bezüglich meines Vortrages vor dem LV Bayern des VDS einem Irrtum zum Opfer gefallen sind.

Der Bericht über die gesamtdeutsche Tagung des LV Bayern, wie er im „Profil“ erschienen ist, entspricht soweit es sich um mein Referat handelt leider nicht ganz den Tatsachen. Die mir vom „Profil“ zugeschriebene und von Ihnen wiederholte Behauptung, „daß in erster Linie die Korporationen Kader gegen den Kommunismus darstellen könnten“, habe ich weder während der Tagung des LV Bayern, noch zu irgendeiner anderen Zeit aufgestellt.

Dagegen habe ich vor dem LV Bayern des VDS gefordert, daß die deutsche Studentenschaft in ihrer Gesamtheit wohlunterrichtete „Kader“ heranbilden sollte, die in der Lage sind, sich geistig mit den Grundlagen des bolschewistischen Systems der sowjetischen Besatzungszone Deutschlands auseinanderzusetzen. In diesem Zusammenhang habe ich dann darauf hingewiesen, daß auch die Korporationen an dieser Aufgabe mitarbeiten sollten und könnten.

Dieter Spangenberg

3. daß Europa eine Sicherung gegen russische Übermacht braucht;
4. daß diese Sicherung zur Zeit nur durch England oder Deutschland auf längere Zeit sichergestellt werden kann.
5. daß es zweifelhaft ist, ob Amerika dauernd Kräfte für diese Sicherung zur Verfügung stellen wird . . .

Deutschland muß Recht und Anstand bei sich selbst wieder herstellen. Das ist es seiner Ehre und den anderen schuldig. Nur wenn es die Verbrecher gegen das Recht, auch die Verstöße gegen das Völkerrecht, selbst bestraft, kann es selisch wieder gesund werden. Daher muß dringend vor jedem Gedanken gewarnt werden, diese Bestrafung durch Dritte oder durch einen internationalen Gerichtshof vollziehen zu lassen. Selbst die Deutschen, die mit Haß und Verachtung auf die Schändung des guten deutschen Namens durch Deutsche blicken und zu jeder gerechten Härte bereit sind, oder vielmehr gerade diese Deutschen werden es entschieden ablehnen, an einer solchen Bestrafung durch Dritte teilzunehmen. Angesichts der ungeheuerlichen, in der Geschichte einzigartigen Verbrechen, die Hitler und seine Trabanten begangen haben, ist der Wunsch der verletzten Völker auch diesen Deutschen sehr verständlich; aber die Vernunft und die Verantwortung vor der Zukunft gebieten, daß diese Gefühle gebändigt werden. Selbstverständlich soll es jedem Menschen in der Welt und jeder Regierung freistehen, Anzeige gegen deutsche Verbrecher zu erstatten und selbstverständlich wird das daraufhin Veranlaßte dem Anzeigenden mitgeteilt werden. Auch gegen die Anwesenheit offizieller Vertreter der verletzten Nation bei den öffentlichen Verhandlungen ist nichts einzuwenden. Im übrigen wird die Öffentlichkeit der Verhandlungen garantiert und damit ohne jede Entwürdigung die Sicherheit der Nachprüfung geschaffen. Nach dem ungeheuren Unglück, in das Hitler das deutsche Volk gestürzt hat, ist nicht daran zu zweifeln, daß die deutschen Gerichtshöfe eher zur Härte als zur Milde neigen werden. Daß Deutschland materiell genügend stark wieder werden muß, ergibt sich aus der Notwendigkeit, das Deutsche Reich zumindest gegen einen dauernden Druck der gewaltigen russischen Kraft zu sichern. Daraus ergibt sich auch die Notwendigkeit, den territorialen Bestand Deutschlands, wie er sich durch die Geschichte als sinnvoll und notwendig herausgestellt hat, zu erhalten.

Alle Pläne, Deutschland aufzuteilen, müssen immer wieder Spannungen in Deutschland und damit in Europa erzeugen. Denn Deutschland liegt nun einmal in der Mitte des Kontinents . . .

Im übrigen werden in einem europäischen Staatenbunde, auf den wir hinstreben müssen, innereuropäische Grenzen eine immer geringere Rolle spielen . . .“

Ist das hier Vorgeschlagene, dessen Konsequenz wir heute übersehen, wirklich mit einem „Ach so, der 20. Juli“ abzutun?

K. Walter

^{*)} Gerhard Ritter, Carl Goerdeler und die deutsche Widerstandsbewegung, Deutsche Verlags-Anstalt Stuttgart, 1955, Leinen, 19,80 DM.



Wichtig, aber nicht standesgemäß

Es gibt eine Kategorie von wissenschaftlichen Büchern, die der Student nicht gern als Quelle seines Wissens angibt, obwohl sie reichlich in seinem Bücherregal anzutreffen sind. Das sind die Kompendien, Grundrisse oder Einführungen, deren insgeheim geschätzter Vorzug ihr geringes Volumen ist. Wahrscheinlich rührt die mangelnde „Gesellschaftsfähigkeit“ solcher Bändchen noch aus einer Zeit, in der man Muße und einen fetten Wechsel zum Studium hatte. Heute ist beides rar geworden und man greift öfter als gewollt zum Göschenbändchen. — Der Verlag de Gruyter hat zwei Neuerscheinungen dieser Reihe vorgelegt, die dem Studenten in seiner Zeitnot vielleicht helfen werden.

Einmal ist es ein Abriss der nichteuklidischen Geometrie^{*)}. Einführend werden deren geschichtliche Entwicklung und die Axiomatik der absoluten Geometrie dargestellt, um schließlich unter Überwindung des Parallelenaxioms in das eigentliche Gebiet der nichteuklidischen Geometrie einzumünden, deren wesentliche Sätze erläutert und bewiesen werden.

Das zweite Bändchen gibt einen Überblick über den Bereich der partiellen Differentialgleichungen von der zweiten Ordnung mit zwei Veränderlichen bis zur zweiten Ordnung mit zwei unabhängigen Veränderlichen^{**)}.

Es wäre unsinnig, solche Bändchen zur Grundlage eines Mathematikstudiums machen zu wollen, aber da wo sie am Platze sind, für den Nebenfächler oder zur Repetierung, können sie Gutes leisten.

W. S.

^{*)} Baldus-Löbell: „Nichteuklidische Geometrie“.
^{**)} Hoheisel: „Partielle Differentialgleichungen“.
Sammlung Göschen. Verlag de Gruyter.

In den Augen der Toten ist eine Tür in die Freiheit

ICH ABER GERETTET —
AUCH MIT DEN TRÜMMERN DES FLOSSES
ÜBER DER TIEFE GEWIRBELT WIE JENE:
NUN ABER GERETTET.
Wer singt für die, die draußen verdarben?
DIE ERTRUNKENEN ERZÄHLEN MIR IMMER
WIEDER IHRE GESCHICHTE,
UND SIE FRAGEN:
HAST DU VERGESSEN?

Wenn ich durchkomme, dachte er auf der Flucht
nahe der Grenze in der Gegend von Magdeburg,
Aschersleben, Ottleben,
wenn ich durchkomme,
will ich singen.

DAS SEI ATHENE GELOBT BEI ERRETTUNG.
Auf der Treppe zum Bahnhof kauerte ein alter Mann
und bettelte jeden an, der die Stufen herunterkam:
„Komm aus Swerdlowsk und will heim . . .“

Heim wohin?

Wohin nur?

Am Tage saß die Sonne gefangen in einem Netz von Staub,
aber die Häuser waren erfroren im Flußwind am Morgen.
In der Nacht war der Mond ein blutiges Stück Fleisch.
Über die Felder schrie ein Pfiff um Hilfe,
und nirgends war Antwort.

Am andern Tag kam er mit einem Kohlenauto über die
Grenze:

Ich gedenke meines Versprechens!

DIE RUDER FÜR ELPENOR.

Das war.

Und immer wieder hör' ich ihre Stimme bei mir in der Nacht.

Wir verklagen die Schönheit deiner Träume.

Wer kann das Herz der Sonne beschreiben,
wenn er um solches weiß?

VERFÜHRTE DICH NAUSIKAAS LACHEN?

JA, EIN GASTMAHL GABEN SIE DIR

UND PRAHLTEN MIT IHRER PRACHT.

HAST DU VERGESSEN,

DASS WIR HUNGRIG BLIEBEN?

HUNGRIG NACH LICHT.

HUNGRIG NACH BROT.

HUNGRIG NACH LIEBE.

Um ihre Augen sind die rötlichen Kränze des Fiebers.

Ihre blassen Münder schreien,
und sie fordern:

Sing,
wie du gelobtest.

DER PURPUR ZERTEILT.

ZERBROCHEN DER ESCHENSTOCK.

LEG AB ROSE UND STAUBKLEID.

SING UNSRE KLAGE.

In den Augen der Toten ist eine Tür in die Freiheit.

Hans-Christian Kirsch

Die Liebe zum Nichts!

5000 km Autostop durch das österreichische Alpengebiet, auf den jugoslawischen Feldwegen, unter griechischer Sonne oder durch den Negev, die süd-israelische Wüste, geben ein farbiges Bild von den Möglichkeiten, Überraschungen zu bereiten, oder sich nicht überraschen zu lassen und Temperamente zu studieren. Auch auf diesem diffizilen Gebiet menschlicher Beziehungen gibt es keine allgemeingültigen Regeln. Nur auf den Glauben an die Gelegenheit kommt es an und das Vertrauen auf das Nichts, das man im Beutel hat.

Während man sich auf den Straßen Mitteleuropas im allgemeinen auf das Winken beschränken sollte, empfiehlt es sich, in noch bürgerlicheren Ländern (Österreich, Schweiz) die Autos durch Überraschungsmanöver zum Halten zu bringen. Gen Süden kann das Einsteigen oft wesentlich leichter sein, als das Aussteigen. Wogegen wir in Israel das Wunder der Gleichberechtigung erlebten. Ganz durchdrungen von dem Recht, das man auf die noch freien Plätze des herabtausenden Kaiser Franzers hat, erhebt man in majestätischer Haltung gebieterisch die Hand und ruft dem sich nähernden Kollegen der Landstraße durch das zu diesem Zwecke offengelassene Fenster „Jerusalem?“ zu.

Sucht man beim „Anhalten“ wirklich nur ein schnelles, billiges Beförderungsmittel, so lohnt es sich in Mitteleuropa, recht dezent aber modisch gekleidet zu trampeln und selbst kleine Einladungen auszuschlagen. Während man im Süden eine jugendbewegte Kleidung (schon wegen des besseren Aussteigens!) vorziehen sollte und die Tasse Kaffee nicht ausschlagen kann. Seitenstraßen sind in beiden Fällen zu vermeiden. In Israel wird ein auf Dame verkleidetes weibliches Wesen reumütig den Bus besteigen müssen, während mit singenden Trampisten vollgepfropfte Wagen an ihr vorbeisaußen. Hier jedoch können sich kleine Abwege, auf die uns unser Chauffeur rechtzeitig vorbereitet hat, lohnen, da in jedem Israeli der Sinn zum Fremdenführer wach ist.

Haben Sie mit einigen Adressen (Adressen lohnen sich selten), Ihren Zielort erreicht, so versuchen Sie gleich zu Anfang Ihre Unterstützer im Nichts in die drei folgenden Kategorien einzuordnen.

Hüten Sie sich vor Familien, die Sie in das vornehmste Restaurant einladen und Sie in das „echt französische Kabarett“ führen, denn Ihr Aufenthalt endet mit einem Rundgang

durch die modernsten Hotels und den letzten Abend verbringen Sie im neusten, amerikanischen Film.

Hüten Sie sich vor Familien, die Sie zum Kaffeestündchen im trauten Heim einladen und einen kleinen Ausflug in den Zoo vorschlagen, denn Ihr Aufenthalt endet bestenfalls bei einer Promenade in den gut gepflegten Anlagen, schlimmstenfalls im Heimatmuseum. (Es gibt eine große Anzahl von Abstufungen.) Diese Menschen sind für den „wahren Geist“ wirklich gefährlich!

Ach, zu selten sind die Menschen, die an ein Eigenleben von Trampisten glauben, die uns gerade genug Zeit schenken, daß wir glauben können, wir seien erwünscht, die ein Bad bereit haben, etwas zu essen, sonst aber unsere Pläne respektieren. Teilen Sie mit diesen Menschen ihre Wohnung! Freuen Sie sich über gleiche Interessen! Aber bitte seien Sie nicht enttäuscht, Sie werden nie wieder etwas von ihnen hören. Haben Sie sich wirklich aus Überzeugung zum Profitismus Occasionis und dem Nichts bekannt und nicht aus materialistischen Gründen, so werden Sie gerade diese Tage genießen, ohne an die Verbürgung eines so schönen Verhältnisses durch Briefe zu denken. —

Aber vielleicht sind wir alle doch nur Zigeuner aus bürgerlichen Kreisen?
E. Beling

*

Leserzuschrift:

Parodie oder Satire?

Freund D war nicht besoffen,
als das Gedicht entstand;
Die Welt war abgrundtief
ins Niemandsland.

Vielleicht machen Ds Gedichte
wenn nicht gerade Welt-,
so doch Literaturgeschichte:
Mal abwarten, gelt?

R. M.

In der letzten Nummer versuchte die Reaktion des „DISKUS“, ihren naiven Lesern den oft schwierigen Zugang zu moderner Lyrik („Letztes Lied“ von Andreas Donath) durch kritische Erläuterungen, nein, nicht doch — durch ein „Geländer“ — zu erleichtern.

Es mag sein, daß das Gedicht des jungen Autors nicht in allen Teilen gelungen ist, aber es darf von der Kritik erwartet werden — will sie als produktiv gelten — daß sie ihre Argumentation anders vorbringt, als es der anonyme Schreiber versuchte.

Nicht nur, daß der Kommentator und Kritiker sich mit seinem Satz, einem Parodisten dürfe der Schalk nicht im Nacken, sondern im Gesicht sitzen, sonst sitze die Maske nicht auf, sondern fange an zu schlendern, selbst trifft, indem er auch seinen „hopplajetzt-komm-ich“-Stil nicht sicher genug beherrscht, um sich klar und allgemeinverständlich auszudrücken; er wird auch mit seinem Vorwurf dem Gedicht nicht gerecht, das, wie es mir scheint, nicht als Parodie, sondern vielmehr als Satire angelegt ist.

Die Parodie ist ihrem versteckten Wesen nach schadenfroh, die Satire böseartig. Der Parodist ist ein Mann, der all denjenigen, die so recht aufgeblasen daherstolzieren, ein Bein stellt und sich darüber freut, wie lustig die Eitelkeit ins Purzeln gerät und der Länge nach zu Boden schlägt, ganz wie jeder andere Sterbliche auch, über den sich der Parodierte so hoch erhaben dünkt. Zu diesem Zweck muß der Parodist mit dem Mittel plumper Übertreibung arbeiten. Die Parodie gibt jedem das Recht, herzlich zu lachen, doch dieses Gelächter vermag nicht die Substanz des Parodierten zu treffen, die Übertreibung wird als solche erkannt.

Im Gegensatz dazu, verzichtet die Satire auf jede offenkundige Vergrößerung. Sie nistet sich in der Seele des Originalen ein und zerrt all den Unrat und das Gerümpel ans Tageslicht, das sie dort statt des Lichts der Wahrheit vorfindet. Die gute, gelungene Satire ruft nicht Gelächter hervor, sondern Entsetzen. Sie ist böse, weil sie das Gute will. Sie tut so, als sei sie echt, kann deshalb leicht als Nachahmung mißverstanden werden.

Um es banal zu sagen: Der junge Autor würde sich wahrscheinlich entschieden dagegen verwahren, selbst als der Dichter angesehen zu werden, den das Gedicht beschreibt, vielmehr geht es ihm darum, an einem konstruierten Subjekt einen Zug zu entlarven, der sich heute oft in der Lyrik findet und der wohl einer Satire wert ist: dieser behagliche, um nicht zu sagen genießerische Abstand, mit dem manche modernen Gedichte den Verfall darstellen, die Lust mancher Autoren am Untergang.

Im zweiten Vers gibt Donath eine Reflexion des Dichters. Er zeigt, wie dieser den Literaturbetrieb und die Untergangsstimmung durchschaut, diese Erkenntnis aber nur selbstgefällig und selbstmitleidig in sich bewegt, ohne eine eigene aufhebende gültige Aussage machen zu können, ja, wie er schließlich selbst der Koketterie mit der Narrheit der anderen unterliegt. Im Rausch des Sehens fällt er in die Mode zurück, über die er sich erhoben zu haben glaube.
Werner Christiansen

Wachsende Auslandsbeteiligungen im Ruhrgebiet

Im vergangenen Jahr gingen des öfteren Mitteilungen über den Erwerb von namhaften Beteiligungen an Montanunternehmen durch ausländische Interessenten durch die Presse.

Grund dieser Käufer sind die Bestimmungen über die Entflechtung und Neuordnung der Ruhrkonzerne. Die Alliierten hatten verfügt, daß die Eigentumsfrage privatrechtlich gelöst werden sollte, daß also die Aktionäre der ehemaligen Konzerne ihren bisherigen Aktienbesitz gegen neue Aktien der Nachfolgegesellschaften eintauschen konnten. Diese Bestimmung trat allen Sozialisierungstendenzen klar entgegen, weil sie eine weitgehende Identität des ehemaligen und des künftigen Eigentümerkreises sicherstellte. Ausnahmebestimmungen gab es nur bei „übermäßiger Zusammenballung wirtschaftlicher Macht“. Betroffenen waren im wesentlichen die Großaktionäre, beispielsweise Friedrich Flick, Alfred Krupp von Bohlen und Halbach, die Erbinnen von Fritz Thyssen, aber auch Gesellschaften, wie etwa die Rheinischen Stahlwerke, Klöckner & Co. und andere. Für sie schufen die Besatzungsmächte „Verkaufsaufgaben“, d. h. den Zwang, denjenigen Aktienbesitz zu veräußern, der ihnen mehr als den beherrschenden Einfluß an einer der Nachfolgegesellschaften sicherte. Flick und Krupp mußten deshalb z. B. ihre Interessen an der Eisen- und Stahlindustrie und am Bergbau aufgeben.

Die unter Verkaufszwang stehenden Aktionäre fanden aber einen völlig unzureichenden westdeutschen Kapitalmarkt vor, der nicht in der Lage war, solche Aktienpakete aufzunehmen. So schaltete sich das Ausland mit Kaufangeboten ein.

Ersatz für nationalisierte Kohle

Es war schon immer das Bestreben der lothringischen Stahlindustrie, eine möglichst enge Verbindung mit ihren Brennstofflieferanten im Ruhrgebiet zu haben. Deshalb war das Interesse, welches die Sidéchar (Société Sidérurgique



de Participations et d'Approvisionnement en Charbons) an der aus dem Flick-Besitz zum Verkauf gelangenden Mehrheit der Harpener Bergbau AG. hatte, durchaus verständlich. Friedrich Flick hatte vorher mit deutschen Stellen, darunter auch mit der Bundesbahn, vergebliche Verhandlungen zur Übernahme seiner Aktien geführt. Eine Transaktion über die Börse kam nicht in Frage; deshalb wurde der Kauf mit der französischen Gruppe perfekt. Die Veräußerung von großen Aktienpaketen ist besonders schwierig, weil nur wenige Käufer den sogenannten „Paketzuschlag“ aufbringen können; ein Mehrheitspaket ist seiner gesellschaftlichen Auswirkung wegen mehr wert als die Summe der einzelnen Aktien. Motiv dieser Käufe ist das Bestreben der großen französischen Privatunternehmen, wegen der Nationalisierung ihres eigenen Kohlenbergbaus einen Ausgleich in anderen Revieren zu finden. Offen bleibt jedoch in diesem Zusammenhang, wieso die großen französischen Unternehmen — anscheinend ohne besondere Schwierigkeiten — solche Aktienkäufe finanzieren können.

Wenner-Grens Griff nach Bochum

Völlig anders als die Aktion der Sidéchar ist der Griff eines einzelnen Mannes nach der maßgebenden Beteiligung an dem Gußstahlwerk Bochumer Verein zu werten. Es handelt sich um den schwedischen Industriellen Axel Wenner-Gren, der mit diesem Aktienwerb die Öffentlichkeit ebenso überraschte, wie mit seiner sensationellen „Einschienebahn“. Falls das Bahnprojekt realisiert würde, vermag Wenner-Gren durch den Bochumer Verein genug Stahl für seine weitreichenden Pläne billig zu beschaffen. Dieser Aktienkauf ist aber wahrscheinlich durch Abstoßen von Wenner-Grens mexikanischen Interessen (Teléfonos de Mexico) finanziert.

Jedenfalls sind dieser Auslandsbeteiligung andere Motive zugrunde zu legen als der der Franzosen.

Die niederländischen Interessen

Die dritte ausländische Interessengruppe, die in letzter Zeit im Ruhrgebiet einen stärkeren Einfluß gewonnen hat, kommt aus den Niederlanden. Die holländischen Beteiligungen bestehen vor allem bei Klöckner und bei der Dortmund-Hörder-Hüttenunion AG., einer Nachfolgegesellschaft der Vereinigten Stahlwerke.

Der niederländische Einfluß bei Klöckner ist nicht nur dem Aktientausch bei der Neuordnung zuzuschreiben, sondern ist auch eine Folge der Beschlagnahme deutscher Auslandswerte. Die N. V. Handelsmaatschappij „Montan“, eine Gründung Geheimrat Klöckners — zusammen mit der Firma Klöckner & Co. Mehrheitsaktionärin der Klöckner-Werke AG. — wurde nach Kriegsende von den Holländern als feindliches Eigentum beschlagnahmt. Heute sitzen im Aufsichtsrat der Klöckner-Werke zwei Vertreter der niederländischen Interessen.

Auch der Auslandseinfluß bei der Dortmund-Hörder-Hüttenunion ist auf die Neuordnung zurückzuführen. Einer der ehemaligen Großaktionäre der Vereinigten Stahlwerke, die Niederländischen Hochofen- und Stahlwerke in Ymuiden, haben im Zuge der Konzentration auf eine der Nachfolgegesellschaften der Vereinigten Stahlwerke ihre Interessen auf dieses Dortmunder Werk konzentriert, das zu den größten Stahlwerken der Bundesrepublik gehört.

Überfremdung?

Wie sind nun diese Vorgänge, zu denen sich in jüngster Zeit noch der Verkauf der Krupp-Zeche Constantin an die italienische Staatsbahn gesellt hat, zu beurteilen? Es wurde bereits gesagt, daß die Verkäufe unter dem Zwang der alliierten Neuordnungsgesetzgebung erfolgt sind. Die Frage, ob diese Mehrheitsbeteiligungen überhaupt verkauft werden mußten, beantwortet sich nach der Rechtslage, also von selbst. Auch die Frage, an wen man verkaufen soll, ist durch die ungünstige Lage des deutschen Kapitalmarktes beantwortet. Dennoch gelang es, trotz günstiger Auslandsangebote, den Thyssen-Besitz an Aktien der Gelsenkirchener Bergwerks-AG. an eine deutsche Gruppe zu veräußern.

Man hat mit Recht in der deutschen Wirtschaftspresse eine scharfe Akzentuierung des Themas „Überfremdung“ vermieden. Die Beeinflussung von Produktionsprogramm, Absatzpolitik und anderen unternehmerischen Maßnahmen kann durch einen inländischen Mehrheitsbesitzer ebenso vorgenommen werden, wie durch einen ausländischen. Und bei wirtschaftlichen Krisen ist der Ausländer gegenüber der nationalen Wirtschaftsgesetzgebung im Nachteil, da er unter fremdem Recht steht. Dem stehen die großen Vorteile gegenüber, die das ausländische Kapital für die Produktivität der inländischen Wirtschaft leistet.

In einer Unterhaltung über die Probleme der Überfremdung der deutschen Wirtschaft wurde kürzlich so argumentiert: „Welche Überfremdung meinen Sie denn, diejenige, welche von dem ausländischen Kapital ausgeht oder die „Überfremdung“ durch betriebsfremde Gewerkschaftsvertreter im Aufsichtsrat, wie es das Mitbestimmungsgesetz vorschreibt?“ In dieser etwas überspitzten Fragestellung zeigt sich aber deutlich, welche Wandlung in den Auffassungen sich angebahnt hat. In den zwanziger Jahren wäre ein Verkauf von Aktien an ausländische Interessengruppen geradezu als Sünde gegen die deutsche Wirtschaft gebrandmarkt worden. Heute scheinen die Ausländer die harmlosen „Fremden“ in einem Unternehmen zu sein, was die letzte Mitbestimmungskontroverse wieder einmal bestätigte. So begrüßenswert vom volkswirtschaftlichen Standpunkt ein Auslandsinteresse an den deutschen Aktien ist, so muß aber auch für uns die Möglichkeit zu Investitionen und Kapitalanlagen im Ausland gegeben sein, wie es sich Friedrich Flick in seinen Verhandlungen mit den Franzosen ausdrücklich vorbehalten hat. Dann erst sind die Verkäufe der Aktienpakete der Ruhrunternehmen aus einer einseitigen Verbindung mit der alliierten Nachkriegspolitik gelöst.

Wilhelm Hick

Die Buchhandlung für den Mediziner

JOHANNES ALT

Fachbuchhandlung und Antiquariat für Medizin und Naturwissenschaften

FRANKFURT A. M.-SÜD 10
Gartenstraße 134 · Telefon 61993

Jetzt wieder in den erweiterten Geschäftsräumen Gartenstr. 134 Haltestelle Hippodrom, in der Nähe der Universitätsklinik

Strichätzungen
Farbätzungen
Autotypien
Galvanos
Rotaprintfolien
Matern · Stereos

RÖMER KLISCHEEANSTALT GMBH FRANKFURT / M.
Mainzer Landstraße 216
Ruf 34672

Luise Pollinger
PAPIER · BUROBEDARF · DRUCKSACHEN
Schreibmaschinen und Schreibmaschinen-Reparaturen

KOLLEG-BEDARF

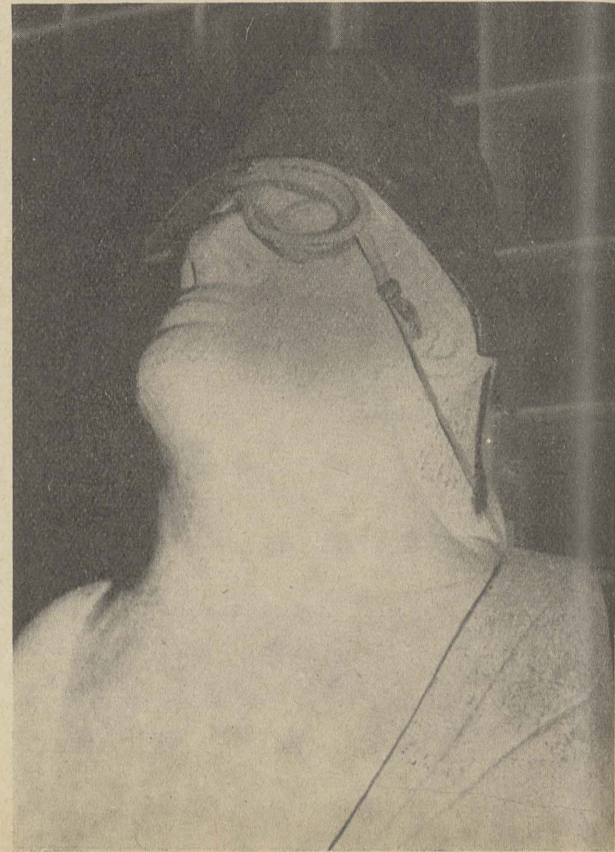
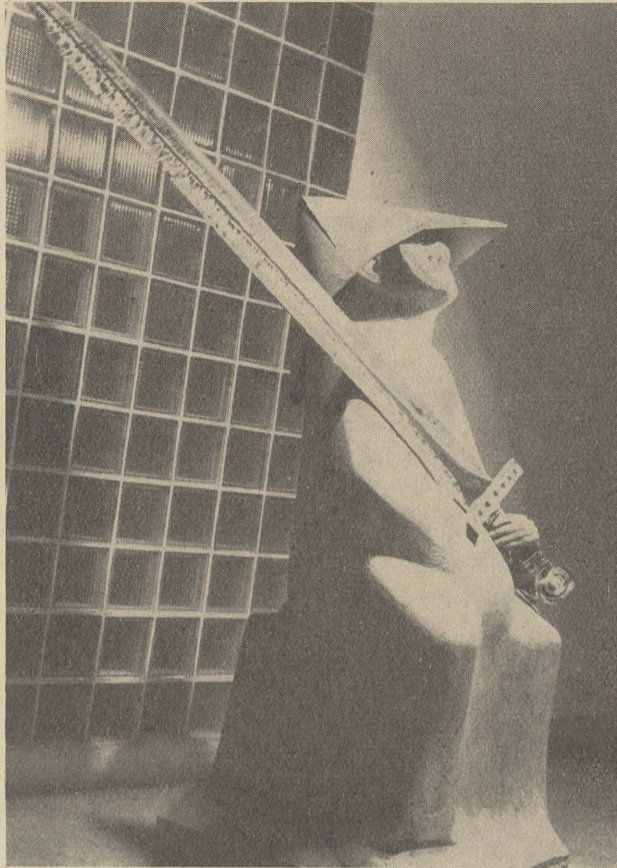
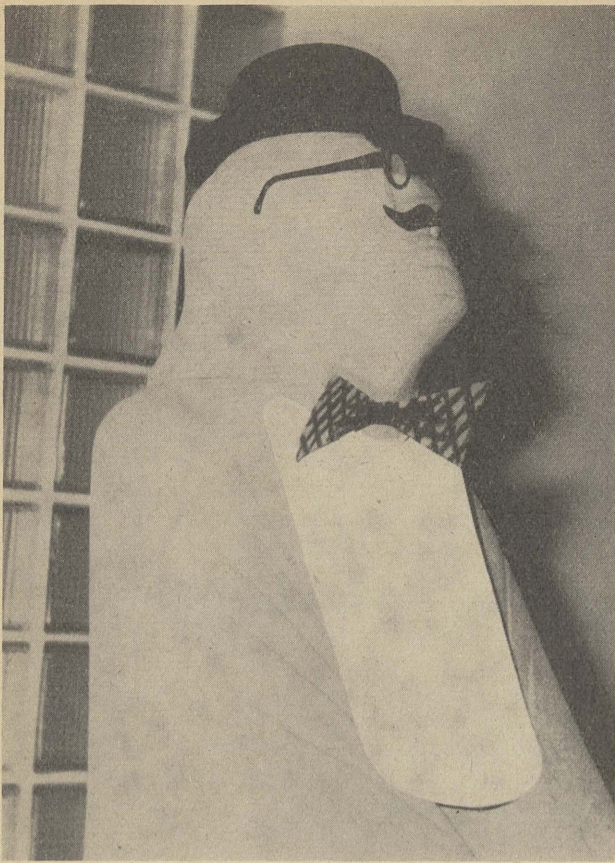
Füllhalter · Luxuspapiere · Geschenke
Büro-, Zeichen- und Schulartikel

Füllhalter-Reparaturen innerhalb 24 Stunden in eigener Werkstatt

Frankfurt am Main, Bockenb. Landstr. 131
(nächst der Universität) Fernruf 755 89

QUARTIER LATIN

IM EXIL



Zu früh war alles im Studentenhaus dekoriert. Der unbefriedigte künstlerische Drang einiger Kommilitonen trieb sie an, die Ausdruckskraft moderner Plastik faszinierend zu steigern. Bis der Pförtner erwachte und sie verjagte.

Aufnahmen: Wostro

Briefe an die Redaktion

Auch Miliz braucht Kampimoral

Nach neuen Vorschlägen soll im künftigen deutschen Heer neben einer hochqualifizierten Elitarmee mit einer Dienstzeit von 1½ Jahren eine Truppe aufgestellt werden, die ausschließlich in der Heimatverteidigung Verwendung finden würde, eine Art Bürgerwehr, für die eine Dienstzeit von 6 Monaten als ausreichend angesehen wird.

Man mag sich aber drehen und wenden, wie man will — die Schwierigkeiten und Nachteile, die gegen die Aufstellung einer Miliz sprechen, sind nicht zu unterschätzen. Mehr als bei der einfachen allgemeinen Wehrpflicht muß bei einer Bürgerwehr dieser Art die Voraussetzung der inneren Bereitschaft zur Verteidigung in der Jugend gegeben sein. Die deutsche Nachkriegsjugend bejaht den demokratischen Staat, ist bemüht, an der Schaffung eines geeinten Europas mitzuarbeiten, hält an den Grundlehren des christlichen Lebens fest und versucht, sich im beruflichen Existenzkampf zu behaupten, aber sie hat noch nicht die Zeit gefunden, oder ihr wurde nicht die Zeit gegeben, um auch die innere Bereitschaft zur Verteidigung dessen zu schaffen, was sie selbst im Begriff ist aufzubauen. Und gerade diese innere Bereitschaft ist die Voraussetzung für jegliche Wehrpflicht. Es ist deshalb nicht angebracht, wenn der Autor des Artikels „Ist Miliz besser?“ (DISKUS, Heft 9) dadurch versucht, den jungen Menschen, in diesem Fall dem Studenten, Geschmack an der Wehrpflicht beizubringen, daß er immer wieder auf die Zeitersparnis durch das Zustandekommen einer Miliz hinweist, dabei aber übersieht, daß die Miliz mit ihrer 3—6-monatigen Ausbildungszeit neben dem qualifizierten Heeresteil letzten Endes doch nur als Füllmaterial gebraucht werden kann, und was das bedeutet, kann sich wohl jeder von uns selbst ausmalen. Die Denkweise des betreffenden Autors ist zwar human, wenn er die Forderung aufstellt, daß diese Miliz — deren Aufgabe es wäre, auch im Falle, daß sie überrollt wird, im Rücken des Gegners weiterzukämpfen — von Freund und Feind als eine reguläre Armee zu behandeln ist, doch wäre wohl erst zu klären, ob der Gegner sich auf solche Regeln einläßt.

Wie sieht es nun mit dem sogenannten qualifizierten Heeresteil aus? Die viel längere Dienstzeit wird nur Freiwillige finden, die allzu gern bereit wären, lange Soldat zu sein. Sind das wohl gerade die Besten? Werden sie von der Gesellschaft nicht als Menschen betrachtet, die im bürgerlichen Leben vielleicht nicht Fuß fassen konnten oder versagt haben? Jedenfalls würde es sich zu einem großen Nachteil auswirken, wenn die erforderliche Bindung zwischen Heer und Volk nicht gegeben wäre. Diese Armee würde ihr Dasein als ein Fremdkörper in der Gesellschaft fristen.

Stefan Mischok

Symptomatisch schien der Redaktion folgende Zuschrift zu sein; wichtig genug, um die Leser des DISKUS um Stellungnahme zu bitten:

„Subvention — schafit Mitläufer!“

So möchte ich meine Antwort auf einen merkwürdigen Aufsatz betiteln, den ich in der Januarnummer des „DISKUS“ fand. Ich habe den Aufsatz darüber, daß Subvention „Verantwortung“ schaffen könne, mit Verwunderung gelesen. Als ich jung war und in Hannover an der TH studierte (von 1919—25) haben wir leidenschaftlich uns mit den Zeitfragen auseinandergesetzt, miteinander und mit diesen Problemen gestritten und dabei auch die Deutsche Studentenschaft geschaffen. Aber gegen so oberflächliche Auffassungen, wie sie in jenem Aufsatz vertreten werden, hätten wir uns energisch gewehrt, oder — darüber gelacht! Hoffentlich läßt sich die heutige studentische Jugend nicht von einem alten Mann von 60 Jahren beschämen und nimmt diesen Unsinn widerspruchslos hin! Hoffentlich haben die Verbände soviel eigene Lebenskraft, daß sie sagen können: „Wir verzichten um unserer Freiheit willen auf die Futterkrippengaben!“ Denn die Absicht damit ist zu deutlich für den, der tiefer schaut: Die Jugend soll das Lied dessen singen, der ihr das „Brot“ gibt! Sie soll ihr eigenes Denken abschalten zugunsten von irgendwelchen Dogmen und Heiligensprechungen! Die übrige Jugend hat man ja mittels des Bundesjugendplans schon fast „staatspolitisch“ gezähmt und verdorben. Jedenfalls läuft die Masse unserer Jugendlichen brav in ihren großen, staatlich subventionierten Verbänden mit, ohne sich eigene Gedanken über die Dinge zu machen — das eben will man ja! Möchten die Studenten, die doch wohl als eine Auslese aus unserer Jugend gelten sollen, auch auf ihre „innere Wahrhaftigkeit und eigene Verantwortung“ verzichten und nur mitlaufen? Haben wir nicht ein warnendes Beispiel aus jüngster Vergangenheit, wohin solch gedankenloses Mitläufertum führen kann?!

Ich möchte nicht mißverstanden werden: Ich bin kein „Reaktionärer“ und nicht etwa gegen den demokratischen Gedanken an sich eingestellt. Ich bejahe ihn vielmehr. Aber ich habe mir die Freiheit bewahrt, alle Versuche mißtrauisch zu betrachten, was ein Provisorium ist, zu verabsolutieren, heilig zu sprechen und ein Dogma aus der parlamentarischen Demokratie von heute zu machen, daß man anbeten müsse! Dagegen wehre ich mich ganz entschieden und würde bedauern, wenn die Jugend gerade hier unkritisch bliebe und sich durch Subventionen verführen ließe, ihr begründetes Mißtrauen aufzugeben und den Götzen anzubeten, in dessen Antlitz längst die Falten des Greisenalters sichtbar sind! So scheint es mir auch sehr gefährlich zu sein, die Jugend etwa auf den 20. Juli festlegen zu wollen und das Bekenntnis für und wider zu einem Maßstab zu machen, nach dem die „staatspolitische“ Zuverlässigkeit gemessen wird.

Es sollte doch inzwischen soviel aus den Berichten über diese Ereignisse klar geworden sein, daß hier ein tief tragischer Zwiespalt vorliegt, den man nicht mit einer solchen primitiven Schwarzweißmalerei vertuschen kann! Es standen verantwortungsbewußte Männer auf beiden Seiten! Damit sind die hitlerischen Verbrechen vorher und nachher nicht gedeckt, wenn man dies feststellt! Aber unser Volk stand in einem Kampf auf Leben und Tod, und man muß auch denen Achtung erweisen, die gesagt haben: Jetzt keine Revolution! Das ist nicht meine Meinung, denn der Krieg war schon vor dem 20. Juli verloren, aber man muß auch dieser Ansicht Achtung zollen. Aber hinter der Auffassung von Egon Johannes steht bereits wieder drohend derselbe Geist, der die Hitlererei emporgetragen hat, nämlich: „Wenn Du nicht für den 20. Juli bist, bist Du ein verd... Nazi!“ — womöglich nazistisch gesprochen: „Du mußt 100%ig“ dafür sein! Auch manche andere Formulierungen muten mich so merkwürdig vertraut an: „staatspolitisch wertvoll“, „staatsbewußte Haltung“, „staatspolitische Erziehung“ usw.! „C'est la même chose“ wie damals, nur heute ein wenig anders angepinselt! Die alleinseligmachende parlamentarische Demokratie hat man uns 1919 mit genau denselben Schlagwörtern angepriesen, wie sie ab 1945 in Deutschland verkauft werden — und das Ergebnis der damaligen Propaganda war — die „Machtübernahme 1933“! Wer wird, wenn diese Demokratie nun wieder bankrott macht (und davon sind wir nicht mehr weit entfernt — das Volk spricht schon von „Demokratie“) „die Macht übernehmen?“ Es ist nicht schwer, darauf zu antworten: Moskau wartet schon darauf! Was aber schon 1919 veraltet war, ist heute erst recht zu alt, zumal es sich überhaupt nicht geändert hat. Es konnte wahrhaftig nichts Geistloseres geben, als 1945, wo nach dem Zusammenbruch die Bahn frei war zu einem wirklich neuen Aufbau unserer politischen Struktur, einfach da fortzufahren, wo man 1933 nicht ohne zureichende Gründe unterbrochen worden war! Da wir aber nicht zum Nationalsozialismus und Hitlerismus zurückkönnen und zur „Volksdemokratie“ nicht hin wollen, so bleibt uns nichts anderes übrig, als der „Durchbruch nach vorne“, d. h. die echte Vollendung der Revolution, d. h. den demokratischen Gedanken neu zu durchdenken und alles über Bord zu werfen, was restlos veraltet ist, und das ist alles, was sich auf den „Ideen von 1789“ aufbaut! Dabei ist auch die parlamentarische Parteidemokratie in ihrer jetzigen Form, und Herr Egon Johannes scheint noch nichts davon gehört zu haben, in welcher scharfer Form gerade diese Parteidemokratie kritisch betrachtet wird! Unser Volk macht diese Demokratie nur mit „faute de mieux“, aber sein Herz gehört ihr nicht und der „Staatsbürger“ ist ihm ein viel zu leeres, geistloses „Ideal“, als daß es sich dafür erwärmen könnte. Vor allem hoffe ich, daß sich die Jugend aller Stände hier ihr gesundes Mißtrauen nicht einlullen läßt und bereit ist, für eine neue echte demokratische Ordnung unseres Volkes sich einzusetzen und vor allem, da sie ja noch lernend ist, sich nicht vorzeitig festlegen läßt! So möchte ich Euch zurufen: „Bleibt wach, bleibt mißtrauisch gegenüber allen „Subventionen“, nehmt nichts kritiklos hin, wehrt Euch gegen falsche Dogmatisierungen. Aber tut mit, spielt mit und lernt daran! Denn ihr müßt das parteipolitische Spiel kennen, bevor ihr es durchschauen und später verbessern könnt!“ Denn unsere Demokratie ist sehr sehr reparaturbedürftig, Herr Egon Johannes!

W. Nöldechen